

Protokoll der 4. Sitzung

**Donnerstag, 18. Oktober 2018, 19.00 - 23.00 Uhr,
im Gemeindesaal**

Vorsitz

Silvan Kaufmann, Präsident

Protokollführerin

Sonja Büchli, Vize-Gemeindeschreiberin

Stimmzähler

Maja Frey
Doris Kleiber

Präsenz

Es sind 39 Ratsmitglieder anwesend.

Entschuldigt ist Salahaddin Al Beati.

Traktandenliste

1. Inpflichtnahme von Frank Scharnagl und Irene Egli Zurheide anstelle der zurückgetretenen Mitglieder Hans Hartmann und Géraldine Bruder
2. Einbürgerungen
3. Zielsetzungen des Gemeinderats für die neue Amtsperiode 2018 - 2021
4. Bericht und Antrag des Gemeinderats zum Postulat von Reto Fischer, Parteilos, betreffend Beteiligung am Zukunftsraum Aarau
5. Aufgaben- und Finanzplan 2019 - 2022
6. Budget 2019
7. Mündlicher Zwischenbericht zur Motion von Dr. Urs Schweizer (Stimmbürger) und zum Postulat von Jasmin Blaser, SVP, betreffend Alterswohnungen Suhrhard
8. Motion von Heidi Niedermann, CVP, betreffend Bärenplatz als Begegnungsplatz (da der Gegenstand der Motion nicht motionsfähig ist, wird vom Gemeinderat Nichteintreten beantragt)
9. Motion von Christine Knüsel, CVP, betreffend Zukunftsraum Aarau vors Volk (wird vom Gemeinderat abgelehnt)
10. Motion von Werner Schenker, Grüne, betreffend Natur findet Stadt (wird vom Gemeinderat abgelehnt)
11. Postulat von Tobias Studiger, FDP, betreffend Renaturierung Suhre (wird vom Gemeinderat entgegengenommen)
12. Eingänge
13. Verschiedenes

Änderungsantrag (Ordnungsantrag) zur Traktandenliste

Herr Joel Blunier: Ich stelle den **Antrag** auf Änderung der Traktandenliste: Ich wünsche, dass das Traktandum 9 (Motion Christine Knüsel) nach dem Traktandum 4 zu behandeln ist. Begründung: Unter Traktandum 4 wird eine Diskussion über den Beitritt zum Zukunftsraum geführt und über den Antrag des Gemeinderats befunden. Materiell sind die beiden Traktanden verbunden und können nicht losgelöst vonei-

inander diskutiert werden. Auch taktisch gesehen sind beide Anträge voneinander abhängig. Sollte der Antrag des Gemeinderats abgelehnt werden, würde die Minderheit nämlich für eine Volksabstimmung (Motion Knüsel) votieren. Wenn der Antrag angenommen wird, ist mit einem Rückzug der Motion zu rechnen. Diese Verknüpfung wird bereits in den Voten zum Traktandum 4 Eingang finden. Es macht daher keinen Sinn und würde die Sitzung nur in die Länge ziehen, wenn nach der Budgetdebatte noch einmal eine Diskussion zum Thema Zukunftsraum gestartet würde.

Diskussion zum Antrag von Joel Blunier

Die Diskussion wird nicht verlangt.

Abstimmung Antrag Joel Blunier (Ordnungsantrag)

Das Traktandum 9 sei nach dem Traktandum 4 zu behandeln.

Der Antrag wird mit grossem Mehr angenommen.

Inpflichtnahme von Frank Scharnagl und Irene Egli Zurheide anstelle der zurückgetretenen Mitglieder Hans Hartmann und Géraldine Bruder

Frank Scharnagl und Irene Egli Zurheide werden anstelle der zurückgetretenen Mitglieder Hans Hartmann und Géraldine Bruder vom Ratspräsidenten vorschriftsgemäss in Pflicht genommen.

Einbürgerungen

Der Inhalt dieses Traktandums wird aus Gründen des Datenschutzes nicht publiziert.

Einbürgerungen

Der Inhalt dieses Traktandums wird aus Gründen des Datenschutzes nicht publiziert.

Einbürgerungen

Der Inhalt dieses Traktandums wird aus Gründen des Datenschutzes nicht publiziert.

Einbürgerungen

Der Inhalt dieses Traktandums wird aus Gründen des Datenschutzes nicht publiziert.

Einbürgerungen

Der Inhalt dieses Traktandums wird aus Gründen des Datenschutzes nicht publiziert.

Einbürgerungen

Der Inhalt dieses Traktandums wird aus Gründen des Datenschutzes nicht publiziert.

Zielsetzungen des Gemeinderats für die neue Amtsperiode 2018 - 2021

Herr Reto Fischer, Mitglied der FGPK (unterstützt seinen Vortrag mit einer Präsentation): Ich darf die Zielsetzungen des Gemeinderats vorstellen. Ich kann mit meiner Präsentation der grossen Arbeit, die dahintersteckt, nicht gerecht werden. Ich gebe mit meiner Präsentation nur einen exemplarischen Eindruck. Der Einwohnerrat kann diese Zielsetzungen auch nur zur Kenntnis nehmen. In jeder Legislaturperiode (also alle 4 Jahre) erstellt der Gemeinderat die "Zielsetzungen des Gemeinderats Buchs". Mit dem Exemplar für die Amtsperiode 2018 - 2021 halten wir das zweite "Regierungsprogramm" des in der jetzigen Zusammensetzung gewählten Gemeinderats in den Händen.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig (bei 9 Anwesenden) von den Zielsetzungen des Gemeinderats für die Amtsperiode 2018 - 2021 sei Kenntnis zu nehmen.

Diskussion

Herr Wolfgang Schibler: Frage zu Punkt 9. Gemeinschaft und Integration, Ziele für die Amtsperiode 2018 - 2021, Umsetzung der aus der Standortbestimmung der Integrationskommission formulierten Ziele. Wo finde ich diese?

Herr Gemeinderat Walter Wyler: Es ist nicht nur ein Ziel, sondern es sind verschiedenste Ziele, die vor zwei Jahren ausgearbeitet wurden. Sie sind im Rechenschaftsbericht 2017 ersichtlich.

Frau Maja Frey: Zuerst danke ich dem Gemeinderat für das wertvolle und interessante Dokument zu den Legislaturzielen. Ich schätze dies sehr. Ich möchte gerne noch eine Anmerkung zur Einleitung Punkt 9 machen. Dort steht der Satz: Die Stärke einer Gemeinschaft misst sich an der Toleranz gegenüber ihrer Vielfalt. Ich kann diesem Satz zustimmen, doch ist es eher ein äusseres Zeichen, wie eine Gemeinschaft funktioniert. Wichtig für eine Gemeinschaft wie hier die Dorfgemeinschaft genannt wird, ist doch vor allem das Gefühl nach Zugehörigkeit. Dafür braucht es mehr als "tolerant gegenüber der Vielfalt zu sein". Es gilt Fragen zu klären wie: Was machen wir denn gemeinsam? Was kittet uns zusammen? Vielleicht braucht es weiter auch einen Wertekatalog, der etwas darüber sagt, was in unserem Dorf Buchs so speziell gemacht wird, mit dem man sich identifizieren möchte, z. B. "bei uns sagt man einander Grüezi...". Ich wünsche mir, dass wir diese wesentlichen Merkmale der Dorfgemeinschaft noch klarer erfahren werden. Besten Dank.

Herr Reto Bianchi: Punkt 9. Die Stärkung und Förderung der Jugendarbeit in der Gemeinde. Dies hat auch etwas mit dem Ausbildungsplatz und Finanzen zu tun. Ich komme in der Budgetdebatte darauf zurück.

Herr Joel Blunier: Ich finde diese Zielsetzungen des Gemeinderats sehr gut formuliert. Es sind sehr viele Ziele enthalten. Mir hat allerdings gefehlt, dass es kein Leitbild oder keine Strategie gibt, wo wir als Gemeinde hin wollen. Davon werden ja dann die Zielsetzungen abgeleitet. Hier dürfen wir auch etwas selbstbewusst sein. In den nächsten Jahren soll ein Leitbild erstellt werden, wo festgehalten wird, wie wir als Gemeinde zusammen in die Zukunft schreiten sollen.

Herr Jürg Lochinger: Die FDP dankt dem Gemeinderat für dieses Legislaturprogramm. Die FDP-Fraktion nimmt dies gerne so zur Kenntnis.

Frau Tatjana Lambrinouidakis: Ich möchte zu bedenken geben, dass es ein grosser Blumenstrauss an Massnahmen ist. Wir sind in Buchs limitiert mit den Ressourcen. Wir erkennen anhand des Dokuments nicht, wo die Schwerpunkte liegen. Mit was misst man sich in vier Jahren? Wenn man das Papier etwas kondensiert verfasst hätte, nicht mit 19 Themen sondern nur einigen Wenigen, an denen man wirklich arbeiten möchte, wäre diese Ressourcen-Allokation auch einfacher möglich. Wir danken jedoch für diese Anhaltspunkte und sind gespannt auf die Legislatur.

Herr Wolfgang Schibler: Wir schliessen uns der Danksagung der Vorredner an. Was uns fehlt, sind kleine Ansätze, wie Dinge angedacht sind. Um nur ein Beispiel zu nennen, Punkt 7, Bildung: Aktive Einflussnahme auf die strategische Ausrichtung der Kreisschule Aarau-Buchs. Wie wollt ihr dies angehen? Ich brauche darauf keine Antwort - möchte meine Bemerkung dem Gemeinderat jedoch mit auf den Weg geben.

Die Diskussion wird nicht weiter verlangt.

Antrag

Von den Zielsetzungen des Gemeinderats für die Amtsperiode 2018 - 2021 sei Kenntnis zu nehmen.

Abstimmung

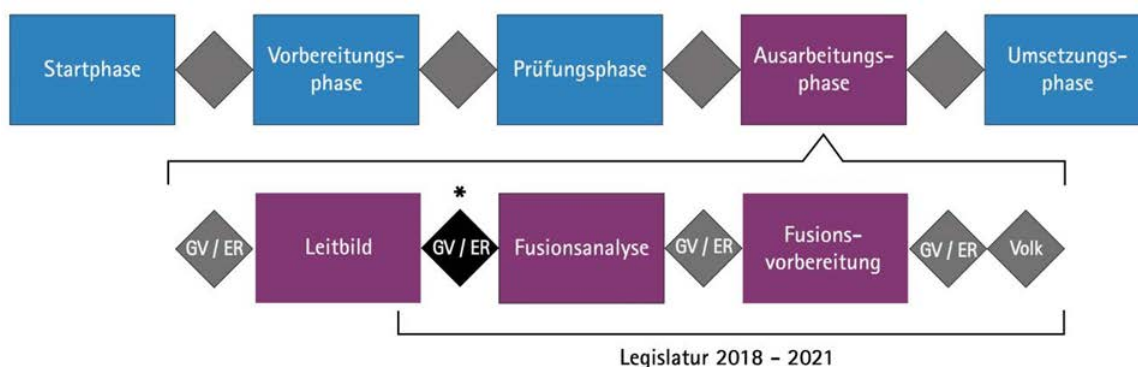
Von den Zielsetzungen des Gemeinderats für die Amtsperiode 2018 - 2021 wird einstimmig mit 39 : 0 Stimmen Kenntnis angenommen.

Postulat Reto Fischer: Beteiligung am Zukunftsraum Aarau. Bericht und Antrag.

(Botschaft des Gemeinderats vom 27. August 2018)

Herr Andreas Burgherr, Präsident der FGPK (erläutert die Vorlage mit einer Präsentation): Gerne stelle ich euch die Botschaft des Gemeinderats zum Postulat von Reto Fischer zur Beteiligung am Zukunftsraum Aarau vor. In der FGPK wurde das Dokument ausgiebig und kontrovers diskutiert. Blicken wir nochmals kurz zurück: Der Gemeinderat entschied in der Vorabklärungsphase des Zukunftsraums, dass sich Buchs nicht weiter am Zukunftsraum beteiligen wird. In der Einwohnerratssitzung vom März 2018 wurde eine Motion der SP über den Wiedereintritt in den Zukunftsraum eingereicht. Diese wurde von uns als Einwohnerrat abgelehnt. Reto Fischer reichte postwendend ein Postulat ein, welches im Juni an den Gemeinderat überwiesen wurde. Nun haben wir dieses Dokument vor uns. Der Gemeinderat zeigt uns seine Gründe auf, wieso er eigentlich gegen den Wiedereintritt ist, stellt uns aber gleichzeitig den Antrag, den Kredit, entsprechend des überwiesenen Postulats, gutzuheissen. Die Argumente des Gemeinderats sind, dass Buchs die Zukunft vorteilhafter gestalten kann, wenn wir unabhängig agieren. Auch die Zusammenarbeiten mit den Nachbargemeinden funktioniert gut, wie verschiedene Beispiele (KEBA, Schwimmbad etc.) auch beweisen. Auch die knappen Finanzen sind ein Thema. Die ganzen Vorabklärungen für den Zukunftsraum sind nicht kostenlos. Die Bevölkerungsbefragung 2018 zeigte es deutlich. Auf die Frage: "Wie wichtig ist Ihnen die Eigenständigkeit?" haben 75 % der Buchser mit sehr wichtig bis eher wichtig geantwortet. Auf die Frage, ob der Rückzug aus dem Zukunftsraumprojekt richtig war, antworteten ca. 70 - 75 %, dass sie sehr oder eher einverstanden sind. Eigentlich wäre mit einem solchen Resultat alles klar, aber die FGPK-Sitzung hat gezeigt, dass man sich nicht einig ist und eben nicht alles klar ist. Wir hatten viele Voten dafür und dagegen. Ebenfalls sind viele Fragen aufgetaucht und auch Forderungen. Kennen wir überhaupt genügend Fakten um heute über ein Ja oder ein Nein entscheiden zu können? Andererseits ist es auch an der Zeit, dass endlich eine Entscheidung gefällt wird. Der Zukunftsraum Aarau behandelt eine Vision einer zukünftigen Kantonshauptstadt. Am Leitbild haben die Gemeinden Densbüren, Ober- und Unterefelden und Suhr sowie die Stadt Aarau mitgearbeitet. Die Schwerpunkte, die in der nächsten Phase bearbeitet werden sollen sind:

- Gemeindeleben: Name, Wappen, Stadtteile, Strassennamen, Vereine und Brauchtum, Zusammenführung der Ortsbürgergemeinden,...
- Politisches System: Wahlkreise für ER, Stadtratsmodell, Konzept Stadtteilvertretung, Info-Konzept für Bevölkerung,...
- Dienstleistungen und Finanzen: Verwaltungsorganisation, Abgleich der Leistungen, Finanz- und Investitionspläne, Personalregelungen, Schulwesen,...
- Nachhaltige Entwicklung: Positionierung der Kantonshauptstadt, Weiterentwicklung der Stadt,...
- Prozess: Paritätische Vertretungen, Schwerpunktthemen konsolidieren, Informationsplattform einrichten,...



Wir sind momentan in der Ausarbeitungsphase. Das Leitbild wurde bereits erstellt. Nun folgt die Fusionsanalyse. Ist die Fusionsanalyse abgeschlossen, stimmen wir darüber ab, ob es weitergehen soll oder nicht. Soll es effektiv weitergehen, wird die Fusionsvorbereitung eingeleitet. Sagen wir dann Ja zur Fusion, dann untersteht dieser Beschluss dem obligatorischen Referendum. Zur Präzisierung des zweiten Antrags des Gemeinderats: Bei den Projektbegleitungskosten handelt es sich um Kosten für Infoveranstaltungen innerhalb der Gemeinde, Kommissionsentschädigungen etc.

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat mit 5 : 2 Stimmen (2 Enthaltungen),

1. der Gemeinderat sei zu beauftragen, sich auf der Basis des "Leitbilds der möglichen zukünftigen Kantonshauptstadt" an der Fusionsanalyse zu beteiligen. Dafür sei ein Verpflichtungskredit von Fr. 106'000.-- zu bewilligen.
2. für die gemeindeseitigen Projektbegleitungskosten sei ein Verpflichtungskredit von Fr. 19'000.-- zu bewilligen.

Diskussion

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Ich denke, einige von euch werden sich die Augen gerieben haben, nachdem sie unsere beiden Anträge gelesen haben. Ihr hättet heute über das Postulat von Reto Fischer diskutieren können, vielleicht hättet ihr überwiesen. Der Gemeinderat hätte einen Bericht verfasst und ihr hättet später davon Kenntnis nehmen können. Es wäre euerseits nicht möglich gewesen, sofort einen Antrag ohne Vorlage für einen mehrjährigen Investitionskredit zu stellen. Die Haltung des Gemeinderats ist unverändert. Wir sind klar der Meinung, dass wir nicht beitreten sollten. Wir wollen euch heute eine politische Diskussion ermöglichen. Dies ist der einzige Grund für unseren "eigenartigen" Antrag. Andreas hat bereits die Argumente des Gemeinderats erläutert. Wir nehmen nach wie vor Bezug auf die Bevölkerungsbefragung, die jedoch als nicht politisch kritisiert wurde. Wenn wir fusionieren, können wir nicht mehr unsere eigenen Geschicke bestimmen. Den Rat hier braucht es nicht mehr. Dann passiert die politische Diskussion irgendwo anders in einem grösseren politischen Gremium. Wir sind der Meinung, wir können dies besser innerhalb unserer Einheit der Gemeinde Buchs, die mit 8'000 Einwohnenden keine kleine Gemeinde ist. Der Gemeinderat ist gegen eine Fusion und will sich auch nicht an Planspielen beteiligen und schon gar kein Geld dafür ausgeben. Besonders in Zeiten, in denen wir das Geld nicht im Überfluss besitzen. Wir haben die Kredite nicht im Budget/Investitionsplan berücksichtigt. Sie verursachen zusätzliche Kosten. Nach der Fusionsanalyse folgt die Fusionsvorbereitung. Diese kostet nochmals viel Geld. Hier geht es um eine bilaterale Angelegenheit (Vertragsverhandlungen). Hier werden alle Details geklärt. Deshalb wissen wir nach der Fusionsanalyse noch gar nichts. Es wird zudem noch ein grosser Verwaltungsaufwand generiert. Unsere Ressourcen sind nicht unbeschränkt. Wir müssen darauf achten, unsere Verwaltungsaufgaben erfüllen zu können. In der ersten Phase der Fusionsüberlegung, als es auch noch um die Zusammenarbeit ging, ergab eine Studie der Uni Bern, dass unsere Verwaltung im Benchmark äusserst kostengünstig arbeitet. Wir sind deutlich günstiger als die Stadt Aarau. Dies ist nur möglich, weil wir unsere Ressourcen voll ausschöpfen. Wir müssen natürlich auch keine Zentrumsaufgaben übernehmen (wie Aarau), was dementsprechend deutlich mehr Ressourcen braucht. Mit einem Nein vergeben wir uns gar nichts. In dieser Phase ist eine Beteiligung von Buchs nicht nötig.

Herr Jürg Lochinger: Wir haben in der FDP lange und breit diskutiert. Eine Fusionsanalyse ist keine Fusionsverhandlung. Das heisst, alles was in dieser Gruppe diskutiert und verhandelt wird, ist am Schluss, wenn es um die Vertragsverhandlungen geht, nicht mehr relevant, denn dann muss jede Gemeinde separat mit Aarau verhandeln. Die Weichen werden in einer solchen Analyse nicht gestellt. Bei möglichen Fusionsverhandlungen beginnt alles wieder von vorne. Solche Analysen sind für uns sinnlos, kosten viel Geld und blockieren auch Personal. Denn in diesem Betrag sind Personalkosten nicht inbegriffen. Die Kosten von Fr. 125'000.--, welche im Budget nicht inbegriffen sind, entsprechen ungefähr einem Steuerprozent. Dieses Steuerprozent ist im jetzigen Budget nicht berücksichtigt. Ich bitte euch, dies zu beden-

ken. Ich bitte euch des Weiteren, euch nicht zu enthalten. Ihr seid alle gewählt, um eine Meinung zu haben und nicht, um keine zu haben.

Herr Wolfgang Schibler: Es wurde auch in unserer Fraktion ausgiebig diskutiert. Ich war in diesen Sommermonaten viel in Aarau unterwegs. Ich habe mit Personen gesprochen, die in der Stadt Aarau wohnen und politisch aktiv sind. Aarau hat von den sechs Gemeinden mit 97 % den tiefsten Steuerfuss. Wenn alle Gemeinden dazu stossen, wird Aarau den Steuerfuss erhöhen müssen? Wollen dies die Aarauer? Falls diese Fusion zustande kommt, muss Aarau den Steuerfuss höchstwahrscheinlich erhöhen. Was ist nun, wenn alle Gemeinden, nur angenommen, Ja sagen, das Volk von Aarau, der Stimmbürger, jedoch nein, weil sie keine Steuererhöhung wollen. Was würde dann mit unseren Fr. 125'000.-- passieren? Dann zur Fusion von Aarau und Rohr. Aarau hat Rohr einmal versprochen, dass sie ein Gemeindebüro bekommen würden. Das haben sie am Anfang auch bekommen, am Anfang. Nun ist es wieder verschwunden, sie haben es nicht mehr. Wo wird am meisten Abfall entsorgt? Ich habe mich informiert: mindestens 60 % vom Abfall von Rohr kommt zu uns nach Buchs. Und in einer Analyse ist dies ein 1. Punkt, der geprüft würde. Was mich noch viel mehr beschäftigt ist, wenn wir dem nun zustimmen sollten, haben wir keinen Ertragsüberschuss mehr von Fr. 46'000.--, sondern einen Aufwandüberschuss. Die Folgekosten für die Sitzungen, Verwaltung usw. kennt man noch gar nicht. Fr. 125'000.-- reichen nicht. Stellen wir uns vor, wir sind Unternehmer, unserem Unternehmen geht es nicht gut, also müssen wir Massnahmen treffen, um unser Unternehmen zu stabilisieren. Diese haben wir getroffen, wir sind einverstanden mit dem Management betreffend Marketingmassnahmen und strategischen Massnahmen. Wir sagen, wir müssen mehr Einkommen generieren. Zuvor sagen die Gleichen jedoch, jetzt nehmen wir doch aus der Kasse noch kurz Fr. 125'000.--. Das funktioniert so nicht, es sind nicht mal die eigenen Unternehmensgelder, sondern Steuergelder, die wir hier ausgeben. Wir nehmen uns zwei Mal unser eigenes Geld weg. Wir haben das Geld nicht um mitzudiskutieren und wir brauchen es auch nicht um mitzudiskutieren. In Bettwil als Ammann hatte ich auch mit schlimmen Dingen zu kämpfen... Deshalb bitte ich euch, diesem Antrag aus finanziellen Gründen nicht zuzustimmen.

Herr Dieter Stüssi: Es kommt mir vor wie zu Hause, als mein Junge ein neues Fahrrad wollte und ich mich dagegen stellte, weil das Geld fehlte. Dann fragte er solange, bis es mir verleidet war und er sein Fahrrad bekam. Auf verschiedensten Ebenen wurde ein Nein geäussert und ich denke, es ist ein klares Nein. Ich finde es eine Frechheit, dass wir immer und immer wieder darüber diskutieren müssen.

Frau Christine Knüsel: Wie ich in meinem Leserbrief auch schon erwähnt habe, stellt dieser Antrag des Gemeinderats eine einmalige, direkte Chance für unsere Gemeinde dar. Ich hoffe sehr, dass wir Mitglieder des Einwohnerrats, vom Buchser Stimmvolk gewählt, diese Gelegenheit beim Schopf packen und mutig Ja sagen zu diesen zwei Kreditanträgen. Um unserer Gemeinde nun die Möglichkeit zu geben, sich mit Weitsicht, Innovation und Kreativität aktiv an den Fusionsverhandlungen zu beteiligen und die Weichen für die Zukunft zu stellen. Und schlussendlich muss sowieso das Stimmvolk seinen letzten Segen dazu geben. Ich hoffe dass unser Gemeinderat trotz offen kommunizierter ablehnender Haltung diese Etappe tatkräftig unterstützt und mitwirkt.

Herr Thomas Meier: Ich möchte auf die Argumente des Gemeinderats eingehen: 1. Buchs kann alleine seine Interessen besser wahren: In der Analyse geht es genau darum, sich zu diesem Punkt Gedanken zu machen. Kürzlich konnten wir in der Aargauer Zeitung lesen, dass die Gemeindeautonomie im Aargau sinkt. Hier stellt sich deshalb die Frage, welche Interessen hier gemeint sind. 2. Weiterentwicklung der Zusammenarbeit: Dies finde ich sehr sinnvoll. Jedoch muss man sich bewusst sein, dass in jedem Gemeindeverband die Einflussnahme der einzelnen Gemeinde bzw. der Stimmberechtigten sehr klein oder gar nicht vorhanden ist. Damit ist ein Demokratieverlust verbunden. Eine grosse Gemeinde kann direkt Einfluss nehmen auf die Aufgabenerfüllung. 3. Wir sprechen von Kosten von ca. Fr. 125'000.--: Unserer Gemeinde geht es finanziell nicht sehr gut. Es macht deshalb durchaus Sinn, hier einen Marschhalt einzulegen und sich Gedanken über die Zukunft zu machen. In den nächsten zehn Jahren sind Investitionen

von über 66 Mio. Franken geplant, daher muss man die Fr. 125'000.-- auch wieder in dieses Verhältnis setzen. 4. Bevölkerungsbefragung: Im Gemeindegesetz steht, wer in der Gemeinde etwas zu sagen hat: Das Stimmvolk, der Einwohnerrat, der Gemeinderat, der Gemeindeammann, die Kommissionen und das Gemeindepersonal mit Entscheidungsbefugnis. Ein Callcenter hat uns nichts zu sagen. Und nur weil eine Mehrheit etwas nicht will, heisst das nicht, dass man es nicht probieren soll. Das beste Beispiel ist der Steuerfuss von 108 %, den wir heute auch noch diskutieren werden. Hätte das Callcenter diese Frage betreffend Steuerfuss 108 % den Befragten gestellt, ich bin mir ziemlich sicher, hätten die Befragten Nein gesagt. Trotzdem halten wir heute ein Budget vor uns mit einem Steuerfuss von 108 %. Dazu wurde der Stimmbürger/die Stimmbürgerin auch nicht befragt. Man muss versuchen das Volk zu überzeugen und dann schauen, was dabei rauskommt. Aufgrund einer Umfrage kann man nicht auf ein Abstimmungsergebnis schliessen. 2014 fand erstmals eine Bevölkerungsbefragung statt. Auf dem Bärenplatz wollten 2/3 der Befragten eine teilweise Bebauung mit Begegnungsplatz. Genau dies probierte der Gemeinderat umzusetzen und an der Urne scheiterte dieses Vorhaben mit einer 2/3-Mehrheit. Wie kann das sein? Die Bevölkerungsbefragung sagte doch etwas anders. Schon in der letzten Befragung wurden Fragen zu einer Prüfung eines Zusammenschlusses gestellt. Damals sagten 47 % Ja und nur 39 % sagte Nein. Die Aussage war eigentlich klar. Die Bevölkerungsbefragung zieht der Gemeinderat demnach heran, wenn er es will und es ihm nützt. Die Ansprüche an die Gemeinden nehmen zu, der finanzielle Spielraum wird immer kleiner. Der Handlungsspielraum, die Gemeindeautonomie nimmt ständig ab im Aargau. Wie wollen wir damit umgehen? Wohl müsste Aarau mit dem Steuerfuss rauf, aber Aarau hat ein völlig anderes Steuersubstrat mit den jur. Personen. Davon könnten wir profitieren. Jetzt müssen wir uns Gedanken machen, wohin unsere Reise gehen soll. Ich ersuche um Annahme des Antrags des Gemeinderats.

Herr Joel Blunier: Es geht heute nicht um eine Fusion. Es geht darum, ob wir eine Grundlage schaffen möchten für eine spätere Abstimmung zum Thema Fusion Ja oder Nein. Ich selber bin einer Fusion gegenüber kritisch eingestellt. Aber ich möchte Grundlagen dazu haben, um eine korrekte Entscheidung treffen zu können. Ich nehme das Beispiel der Kreisschule Aarau-Buchs. Dort wurden lange im Voraus Resonanzgruppen und eine Projektsteuerung geschaffen, damit Grundlagen erarbeitet werden konnte, wie das Ganze in Zukunft aussehen könnte. Sozusagen als "Backup" für die Abstimmung. Diese grosse Arbeit musste getan werden, damit detaillierte Grundlagen vorhanden waren, um definitiv entscheiden zu können. Und es hat sich gelohnt. Natürlich kostet uns diese Entscheidungsfindung einen grossen Batzen Geld angesichts unserer Finanzlage. Vielleicht sind jedoch diese Fr. 125'000.-- besser investiert als eine nicht weise Vorausplanung unserer Gemeinde. Im Nachhinein kosten Dinge meist mehr. Mit Grundlagen haben wir Wissen, und damit können wir vors Volk. Wir von der EVP sind für den Zukunftsraum, für diese Analyse, damit wir eine Grundlage haben um später auch vors Volk treten zu können und weitere Entscheidungen zu treffen. Bisher hat das Volk bzw. die Vertreter, der Einwohnerrat, nie darüber abgestimmt. Nun ist der Zeitpunkt dafür da.

Herr Beat Spiess: Christine hat auf ein Ja plädiert. Ich habe das Gefühl, wir haben den Mut nicht Nein zu sagen. Es wird vor allem Kaffeesatz gelesen und die Umfrage in Frage gestellt. Im Prinzip, wenn die Stichproben regelkonform durchgeführt wurden, dann ist diese Umfrage repräsentativ. Allerdings wird damit keine Volksabstimmung ersetzt, da nicht die Meinung dieser zählt, die bei solchen Umfragen teilnehmen, sondern der Stimmbürger entscheidet. Joel hat gesagt, das Volk hat das letzte Wort und konnte bisher nicht mitreden. Auch wir in der FDP haben lange diskutiert. Es gibt nämlich noch eine andere Möglichkeit. Wir können den Ball weiter geben ans Volk. Es gibt in der Gemeindeordnung, § 5, folgendes zu lesen: "Alle übrigen positiven und negativen Beschlüsse des Einwohnerrats sind der Urnenabstimmung zu unterstellen, wenn es mindestens 1/10 der Stimmberechtigten innert 30 Tagen seit der Veröffentlichung verlangt oder wenn es der Einwohnerrat bis unmittelbar nach der Schlussabstimmung beschliesst". Ich beantrage in Form eines **Ordnungsantrags**, dass wir nun darüber abstimmen. Die FDP-Fraktion beantragt, dass die Abstimmung über den Beitritt dem Volk zu unterbreiten sei (Urnenabstimmung).

Herr Präsident Silvan Kaufmann: Es handelt sich nicht um einen Ordnungsantrag, sondern es ist ein normaler Antrag. Er wird nach der Abstimmung über die Kredite behandelt.

Herr Beat Spiess: Ich bin damit nicht einverstanden. Es steht nicht geschrieben, dass man die Abstimmung nicht schon vorher durchführen kann. Es kann den Verlauf der Diskussion ändern, wenn wir schon im Voraus wissen, dass der Antrag der Volksabstimmung unterstellt wird.

Herr Präsident Silvan Kaufmann: Wir haben unsere Meinung revidiert. Wir diskutieren jetzt über deinen Antrag, stimmen dann darüber ab. Theoretisch könnte nach der Abstimmung über die Kredite dein Antrag nochmals zur Diskussion gelangen.

Diskussion über Antrag von Beat Spiess:

Herr Joel Blunier: Mir gefällt dieser Antrag, ich unterstütze ihn. Theoretisch kann man diese Arbeit dem Volk überlassen. Sie müssten Unterschriften sammeln und dann kommt es auch zu einer Volksabstimmung - oder wir geben jetzt im Voraus dem Volk schon die Möglichkeit über den Zukunftsraum inklusive den Kosten abzustimmen. Dies wahrscheinlich gleichzeitig mit dem Budget.

Herr Wolfgang Schibler: Ich kann das nur unterstützen. Ich möchte aber die Frage präzise an den Gemeinderat und an die Verwaltung stellen. Wie geht das zeitlich genau mit dem Referendum, wenn jetzt der Antrag von Beat angenommen werden würde? Kommt es dann zur Abstimmung am 25. November 2018, zusammen mit dem Steuerfuss?

Frau Gemeindeschreiberin Cornelia Byland: Im November wird man nicht über diese Vorlage abstimmen können, da die Unterlagen dazu jetzt verschickt werden. Es wird Februar 2019.

Herr Wolfgang Schibler: Was würde dies konkret bedeuten, wenn der Steuerfuss von 108 % angenommen würde, wir aber noch ein Referendum mit Relevanz auf das Budget 2019 haben?

Frau Gemeindeschreiberin Cornelia Byland: Der Ertragsüberschuss würde kleiner, da die Ausgaben erst später genehmigt würden. Wenn wir euch unter dem Jahr nach der Budgetlesung einen Verpflichtungskredit vorlegen, verändert sich das Budget immer. Alles was nach der Budgetlesung noch anfällt, verändert die festgelegten Zahlen.

Herr Reto Fischer: Zu Beginn war ich auch der Meinung, dass das Volk darüber entscheiden soll. Nun sind wir zum aktuellen Zeitpunkt soweit, dass wir dies entscheiden könnten. Fakt ist jedoch, dass die ganzen Planungen und Verhandlungen laufen. Cornelia Byland hat uns bestätigt, dass nächste Woche die ersten Sitzungen stattfinden. Wenn wir jetzt noch warten bis im Februar, verlieren wir Zeit und können mit bereits gemachter Meinung einsteigen. Ich glaube die Blöcke sind ziemlich verhärtet hier. Jeder weiss eigentlich, was er stimmen wird, und ich persönlich finde den Antrag von Beat aus Zeitgründen nicht geschickt. Man zögert die Entscheidung wiederum hinaus. Heute Abend hätten wir die Chance, Ja oder Nein zu sagen und diese Chance sollten wir nutzen. Urs Affolter hat zuvor gesagt "vielleicht später dann mal, zum jetzigen Zeitpunkt nicht". Die Amtsperioden gehen vorbei und es kommen wieder neue Leute an die Macht, welche unseren Entscheid, den wir heute Abend fällen, ausbaden müssen. Bei der Kreisschule stand man mal am gleichen Punkt - und hat weitergemacht. Das Ergebnis sehen wir heute. Wenn man jetzt schon wieder den Bremsklotz einlegt und sagt, dass wir keine Lust haben, dann ist dies nicht nachhaltig und zukunftsweisend gedacht. Wir sind alle als Volksvertreter gewählt und sollten unserer Pflicht nachkommen. Wir sind nicht gewählt, um die gesamte Verantwortung wieder abzugeben, sondern um einen Entscheid zu fällen. Das Volk wird dann integriert, wenn wir bei den Fusionsverhandlungen sind, jetzt sprechen wir aber erst von einer Fusionsanalyse.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Nächste Woche nimmt so oder so noch niemand an Veranstaltungen im Zusammenhang mit dem Zukunftsraum teil. Zuerst muss der Entscheid des Einwohnerrats rechtskräftig sein.

Frau Tatjana Lambrinoudakis: Ich habe nochmals eine Frage zum Ablauf. Werden wir nun zuerst über den Antrag des Gemeinderats abstimmen und dann über den Antrag von Beat oder umgekehrt? Und weshalb?

Herr Präsident Silvan Kaufmann: Laut Reglement kann man nach der Schlussabstimmung darüber abstimmen, aber auch vorher. Es wird nicht explizit ausgeschlossen. Und Beat hat den Antrag vor der Schlussabstimmung gestellt. Auf getroffene Entscheide kann man mit einer 2/3-Mehrheit zurückkommen.

Abstimmung Antrag Beat Spiess

Die Frage nach der Teilnahme am Zukunftsraum Aarau sei dem Referendum (Volk) zu unterstellen.

Der Antrag wird mit 20 : 19 Stimmen angenommen.

Fortsetzung Diskussion zum Antrag des Gemeinderats

Herr Markus Notter: Wir geben hier Geld aus fürs Denken, denken kann man gratis. Über diesen Zukunftsraum kann man denken wie man möchte. Aber müssen wir nochmals Fr. 120'000.-- ausgeben fürs Denken? Das Projekt wird seit Jahren diskutiert, von gescheiterten Leuten, und jetzt müssen wir noch weiter denken und geben dafür noch Geld aus. Und damit wird noch überhaupt nichts entschieden. Wir schmeissen Geld zum Fenster raus.

Herr Thomas Meier: Es geht primär darum mal eine öffentliche Diskussion zu entfachen. Im Einwohnerrat haben wir diese Frage bereits im Frühling diskutiert, dann beim Postulat von Reto nochmals. Eine öffentliche Diskussion hat allerdings noch nie stattgefunden. Viele Leute sind sich auch nicht bewusst, wie es überhaupt finanziell um unsere Gemeinde steht. Daher denke ich schon, dass es sich lohnt, das Ganze in einem grösseren Rahmen als nur hier drinnen zu diskutieren.

Herr Beat Spiess: Ich möchte euch anregen, hier eure Meinung abzugeben. Es wird von der öffentlichen Diskussion gesprochen und davon, dass Umfragen nicht repräsentativ sind. Ihr seid die gewählten Volksvertreter, ihr repräsentiert die Buchser Bevölkerung. Ihr wurdet von euren Wählern gewählt, um eure Meinung zu sagen. Diese Meinungen, die ihr hier äussert, die werden zumindest protokolliert und sind repräsentativer als das, was später in Leserbriefen gesagt wird.

Herr Stefan Steul: Ich bin Präsident des FC Buchs. Das Leuchten in den Augen der Kinder, die das Buchser Dress tragen dürfen, möchte ich nicht missen. Das ist etwas sehr wichtiges. Es sind zum Teil Kinder, deren Grosseltern schon hier gewohnt haben, deren Väter hier wohnen und arbeiten. Ich bin stolz, Präsident des FC Buchs zu sein. Daher kenne ich die Situation des FC Rohrs sehr gut. Dort findet kein Vereinsleben mehr statt. Sie haben nichts mehr zu sagen. Ich möchte das Leuchten in den Augen der Kinder weiterhin sehen. Jeder hat seine Meinung, man soll aber auch zufrieden sein, dort wo man zu Hause ist.

Herr Andreas Burgherr: Es gibt verschiedene Flughöhen, aus denen man ein solches Thema betrachten kann. Wir können es aus der Optik von uns, von der Gemeinde aus anschauen. Was heisst das für uns? Mir geht es ähnlich wie Joel. Grundsätzlich habe ich gegenüber einer Fusion auch nicht unbedingt nur positive Gefühle und bin mir nicht sicher, ob es das richtige ist. Man kann es ja mal aus der Sicht des

Kantons anschauen. Was für eine Kantonshauptstadt soll der Kanton Aargau in 20 Jahren haben? Wie kann der Kanton Aargau in der Schweiz mehr Einfluss nehmen? Kann es positive Effekte geben, auch mal über unsere Gemeindegrenze hinweg gedacht, als Bürger des Kantons Aargau. Wissen wir schon genug oder schadet es nicht, an der Diskussion teilzunehmen, auch wenn sie etwas Geld kostet? Wenn ich ein Seminar oder einen Kurs besuche, bezahlen ich auch dafür, kann jedoch diskutieren, Fragen stellen, den anderen sogar in die Karten blicken, so dass ich schlussendlich vielleicht davon profitieren kann. Diese Möglichkeiten würden mit dem Beitritt bestehen. Fr. 120'000.-- sind sehr viel Geld. In der FGPK haben wir herausgefunden, dass wir Fr. 75'000.-- für die Reinigung unserer Schulhausfenster ausgeben. Man könnte diese die nächsten vier Jahre ja nur alle zwei Jahre putzen, dann hätten wir das Geld wieder drinnen.

Herr Wolfgang Schibler: Ob jetzt eine Hauptstadt gross ist, grösser wird oder kleiner ist, der Einfluss in Bern ist genau der gleiche. Das was wir im Grossen Rat gemacht haben, was es braucht, ist eine Standesinitiative des Kantons. Dort spielt es keine Rolle, ob jetzt Aarau Aarau ist oder ob Aarau mit Suhr oder Buchs oder mit Rohr zusammenarbeitet. Eine Standesinitiative wird vom Kanton unabhängig der grossen Hauptstadt eingereicht, in Bern eingereicht und dort meistens einfach abgeschmettert. Die Grösse der Hauptstadt hat betreffend die Einflussnahme auf Bern keinen Einfluss.

Frau Barbara Fäh: Meine Kinder strahlen, wenn sie den Dress des HSC (Handballclub Suhr-Aarau) tragen dürfen. Ich finde es sehr opportunistisch zu sagen, dass es zu teuer ist, wenn jetzt da Leute denken. Wenn es uns dann passt, wenn diese teuren Leute gedacht haben, wir uns dann eventuell dazugesellen. Meiner Meinung nach muss man jetzt mitarbeiten, denn sonst ist es wirklich sehr opportunistisch. Ich komme nochmals zurück zur Umfrage. Wenn ich in der gleichen Umfrage, in welcher 60 % gegen eine Fusion sind, nur 30 % der Befragten angeben, sie seien politisch interessiert und der Rest nicht, dann frage ich mich, wie sich die Leute, die angefragt wurden, eine Meinung gebildet haben? So braucht es genau jetzt mit dieser Fusionsanalyse eine Basis, damit man aufzeigen kann, was es bedeutet, dazugehören oder nicht. Wenn man diese Basis nicht schafft, wird es einfach ein Entscheid aus dem Bauch heraus, weil man Lust oder Angst hat beizutreten oder nicht beizutreten.

Frau Irene Egli Zurheide: Die Gemeinde ist im weitesten Sinn auch ein Unternehmen. Wenn ein Unternehmen in eine Schiefelage gerät oder sich die Produkte nicht mehr verkaufen lassen, muss es überlegen, wie es zu Geld kommt. Wie kann das Unternehmen am Leben erhalten werden? Dann muss man überlegen, wie man weiterkommt. Als Gemeinde kann ich nicht Mitarbeiter entlassen, wie es das Unternehmen machen kann. Wir müssen auch mit den Einwohnern leben, die wir haben. Meiner Meinung nach muss man den Kopf aufmachen um Möglichkeiten zu prüfen, wie man es in der Wirtschaft auch macht, um beständig zu bleiben und Arbeitsplätze zu erhalten. Wenn das Haushaltsbudget nicht mehr ausgeglichen ist, dann überlege ich mir, was ich tun muss. Ich könnte in eine billigere Wohnung ziehen, ich könnte mich aber auch mit anderen Familien zusammenschliessen und die Kosten teilen. Man muss in alle Richtungen hin offen sein für Neues. Ich vertrete nicht die Meinung zu sagen, die Finanzen stimmen nicht, also gehen wir mit den Steuern rauf. Trotzdem muss die Gemeinde gesund bleiben. Man muss sich überlegen, in welche Richtung man gehen will um zu überleben. Sich zu überlegen, einen neuen Weg zu beschreiten, kann nie falsch sein. Man muss eben auch über 2021 hinausdenken. Für unsere Jugend.

Frau Heidi Niedermann: Wenn uns der Gemeinderat gegen seinen Willen und gegen sein Herz einen Antrag stellt, über den wir abstimmen können, dann sollen wir dies auch tun. Ich wünsche mir, dass wir über die Fusionsanalyse noch etwas breiter diskutieren können. Wir stimmen hier heute noch nicht über die Fusion ab.

Herr Reto Fischer: Mir geht das Statement von Markus Notter nicht mehr aus dem Kopf. Menschen, die gut denken können, können sich manchmal auch irren. Dies hat Thomas Watson, 1943, relativ deutlich bewiesen. Er hatte zu dieser Zeit gesagt, dass der Computer auf dieser Welt keine Zukunft haben wer-

den, es würden maximal fünf Computer verkauft werden. 1996 hätte das Internet zusammenbrechen sollen, weil alle schlaue Menschen gesagt hatten, es würde nicht gebraucht. 2010 liess ein Publizist, Mann einer grossen Universität, verlauten, dass Facebook nach 2000, 3000, 4000 Mitglieder sowieso nicht mehr genutzt würde. Was ich damit sagen möchte ist, dass ein wenig Weitsicht oftmals nicht schadet. Kurzfristiges Denken ist oftmals das einfachste, das ist in der Politik sehr häufig so. Wir können nun zur Abstimmung schreiten und Nägel mit Köpfen machen und zeigen, für was wir gewählt worden sind.

Herr Markus Notter: Reto, vielen Dank für deine tollen Zitate, das waren effektiv weitsichtige Menschen - Pioniere. Keiner von ihnen wurde unterstützt. Ich bin auch für die Zukunft, auch dafür, dass Überlegungen gemacht und Diskussionen geführt werden. Ich bin aber nicht dafür, dass Geld ausgegeben wird für diffuse Angelegenheiten.

Es wird keine weitere Diskussion gewünscht.

Antrag

1. Der Gemeinderat sei zu beauftragen, sich auf der Basis des "Leitbilds der möglichen zukünftigen Kantonshauptstadt" an der Fusionsanalyse zu beteiligen. Dafür sei ein Verpflichtungskredit von Fr. 106'000.-- zu bewilligen.
2. Für die gemeindeseitigen Projektbegleitungskosten sei ein Verpflichtungskredit von Fr. 19'000.-- zu bewilligen.

Abstimmung

Antrag 1 wird mit 21 : 16 Stimmen (2 Enthaltungen) zugestimmt.

Antrag 2 wird mit 21 : 16 Stimmen (2 Enthaltungen) zugestimmt.

**Motion von Christine Knüsel, CVP, betreffend Zukunftsraum Aarau vors Volk
(wird vom Gemeinderat abgelehnt)**

Antrag

Die vorliegende Motion bezweckt die Durchführung einer Volksabstimmung über den Beitritt zum "Zukunftsraum Aarau". Der Gemeinderat wird beauftragt, einen Beschlussentwurf über den sofortigen Beitritt zum "Zukunftsraum Aarau" auszuarbeiten und dem Einwohnerrat sowie anschliessend den Stimmberechtigten zur Beschlussfassung vorzulegen.

Frau Christine Knüsel: Da wir aufgrund der vorherigen Diskussion bereits den Entscheid der Volksabstimmung unterstellt haben, ziehe ich meine Motion zurück.

Rückzug

Die Motion wird zurückgezogen und von der Kontrolle abgeschrieben.

Aufgaben- und Finanzplan 2019 - 2022

(Botschaft des Gemeinderats vom 27. August 2018)

Herr Beat Spiess, Präsident FGPK (erläutert die Vorlage mit einer Präsentation): Ich gehe hier nicht gross auf Zahlen ein, weil diese im Aufgaben- und Finanzplan ersichtlich sind.

Vorbemerkungen

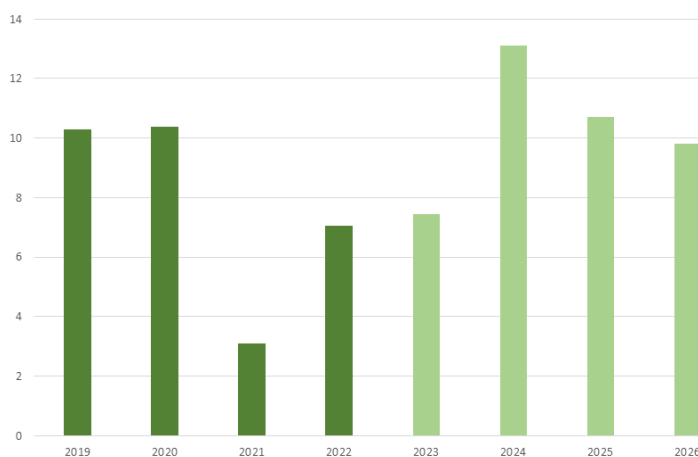
Der Aufgaben- und Finanzplan ist rechtlich nicht verbindlich. Er dient dem Gemeinderat als Planungsinstrument und als wesentliche Entscheidungshilfe für zukünftige Investitionen. Der Einwohnerrat nimmt davon lediglich Kenntnis.

Planungsgrundlagen für die Jahre 2019 - 2022

Schon in den vergangenen Jahren war von grösseren anstehenden Investitionen die Rede. Es geht um verschiedene Schulanlagen. Es geht um:

- Gesamtsanierung und Neubaubauten verschiedener Schulanlagen der KSAB. Das Schulhaus Risacher ist so marode, dass ein Notdach erstellt werden musste, damit es nicht zu weiteren Wassereintrüben kommt. Das Schulhaus muss dringend durch ein neues ersetzt werden. In den Schulhäusern Gysimatte und Suhrenmatte sind Neubauten und Sanierungen vorgesehen
- Grosse Zahl an Lärmsanierungen bei Kantons- und Gemeindestrassen
- Strassenerneuerungen im Zusammenhang mit Sanierung der Wasser- und Abwasserleitungen

Der Gemeinderat formuliert es folgendermassen: Bei allen Investitionen handle es sich wie bisher nur um Zwangs- oder Entwicklungsbedarf. Für Wahlbedarf würden keine Mittel zu Verfügung stehen.

Investitionen (in Mio. Franken) 2019 - 2022, 2023 - 2016**Geplante Investitionen über die nächsten 4 Jahre nach Aufgaben- und Finanzplan 2019 - 2022 (in Mio. Franken)**

Verwaltungsvermögen	30.7 (ohne Eigenwirtschaftsbetriebe)
Finanzvermögen	1.4
Wasserwerk	7.5
Abwasserbeseitigung	4.5
Abfallwirtschaft	0.0

Steuern allgemein/Steuerfuss

Vorliegender Aufgaben- und Finanzplan geht, wie der letztjährige auch, von einem Steuerfuss von 108 % aus. Im Gegensatz zur letzten Planung soll der Steuerfuss aber nicht mehr weiter erhöht werden, bis der angekündigte Berg an Investitionen bewältigt ist und die Verschuldung auf ein tolerierbares Mass abgebaut ist. Weshalb ein Steuerfuss von 108 %? Mit diesem Steuerfuss wird im 2019 ein ausgeglichenes Budget erreicht.

Steuern natürlicher Personen

Rechnungsjahr	2019	2020	2021	2022
Wachstum Steuereinnahmen	+1.5 %	+2.0 %	+2.5 %	+2.5 %
Buchser Zahlen in Mio. Fr.	16.8	17.1	17.5	18.0
Steuerfuss	108%	108 %	108%	108%

Steuern juristischer Personen

Rechnungsjahr	2019	2020	2021	2022
Wachstum Steuereinnahmen	+ 2.0 %	+ 2.0 %	+ 2.0 %	+ 2.0 %
Buchser Zahlen in Mio. Fr.	2.75	2.8	2.86	2.9

Unternehmens- und Quellensteuern

Die Unternehmens und Quellensteuern werden vom Kanton festgelegt. Sie verändern sich bei einer Steuerfusserhöhung nicht und unterliegen keinem kantonsinternen Steuerwettbewerb.

Zusammenstellung wichtiger Kennzahlen zum Verwaltungsvermögen für die Aufgaben- und Finanzplanperiode 2019 - 2022

Nettoinvestitionen über Periode	30.7 Mio. Fr.
Neuverschuldung bis Ende Periode	20.3 Mio. Fr.
Schulden bis Ende Periode	38.8 Mio. Fr.
Nettoschuld bis Ende Periode	28.3 Mio. Fr.
Nettoschuld pro Einwohner bis Ende Periode	3'500 Fr.
Kapitaldienst Ende Periode	190'000 Fr.
Selbstfinanzierungsgrad Ende Periode	45 %
Selbstfinanzierungsgrad im Ø der Periode	43.8 %

Fazit

Der aktualisierte Aufgaben- und Finanzplan rechnet durchgehend mit einem Steuerfuss von 108 %. Der Plan zeigt auf, dass die hohen Investitionen, hauptsächlich für die Schulanlagen, ohne die vorgesehene Steuererhöhung nicht finanzierbar sind. Nur mit Sparmassnahmen bei den Aufwendungen der Erfolgsrechnung, ist eine höhere Selbstfinanzierung und ein späterer Abbau der geplanten weiteren Verschuldung nicht zu erreichen.

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig (bei 9 Anwesenden), vom Aufgaben- und Finanzplan 2019 - 2022 sei Kenntnis zu nehmen.

Diskussion

Herr Gemeinderat Tony Süess: Wir haben in diesem Jahr eine Finanzstrategie festgelegt mit vier Punkten.

1. Der GR nimmt einen vorübergehenden Anstieg der Schulden bis zum Abschluss der Investitionen in Schulbauten im Jahre 2023 in Kauf. Die effektiven Schulden dürfen per 31.12.2023 die Höhe von 38 Mio. Franken nicht übersteigen. Dies bedeutet, dass die Nettoschulden max. 28 Mio. Franken betragen dürfen.
2. Damit die finanzielle Lage der Gemeinde Buchs nicht total aus dem Gleichgewicht gerät, wird der Steuerfuss ab 2019 vorübergehend angehoben.
3. Selbstfinanzierungsgrad: Wir streben mittelfristig einen Grad von mindestens 50 Prozent an.
4. Wir nehmen eine vorübergehende Überschreitung der vom Kanton vorgegebenen maximalen Nettoschuld von Fr. 2'500.-- pro Einwohner auf max. Fr. 3'500.-- in Kauf bis Ende 2022.

Dies führte zu den Zielsetzungen für das Budget und den Aufgaben- und Finanzplan.

Herr Werner Schenker: So ziemlich in jedem Votum, das heute Abend gefallen ist, wurde auf die schlechte Finanzlage unserer Gemeinde Bezug genommen. Im Investitionsplan auf Seite 6 finden wir anstehende und geplante Investitionen rund um Schulbauten. Wenn man das Ganze summiert, sind im Investitionsplan 54.5 Mio. Franken für Sanierungen, Ersatzbauten von Schulhäuser, Neubauten von Schulhäuser und Turnhallen und Umnutzungen, wie zum Beispiel beim Alten Schulhaus, vorgesehen. Die Investitionen sind wesentlich mitverantwortlich für die wirklich sehr hohe Verschuldung, von dann bald mal 28 Mio. Franken - ein riesiger Schuldenberg. Vorläufig gibt es nicht wirklich einen Plan, wie wir diesen Schuldenberg jemals wieder abtragen wollen. Wenn ich diese Zahlen so vor mir sehe und einige Wörter, die darüber im Investitionsplan niedergeschrieben sind, stell ich mir schon die eine oder andere Frage. Auf Grund welcher Überlegungen wird eigentlich so viel Geld in so kurzer Zeit ausgegeben, oder plant man es auszugeben? Warum gerade jetzt? Beim Schulhaus Risiacher ist es klar, doch beim Rest nicht. Wieso in so kurzer Zeit? Wie sieht eigentlich überhaupt die Entwicklung unserer Schülerzahl aus? Wissen wir das? Wie stark werden eigentlich unsere Schulräumlichkeiten von Externen benutzt? Ich denke an Sportvereine. Welche Auswirkungen hat eigentlich die Zugehörigkeit zur Kreisschule Aarau-Buchs auf die Bedürfnisse am Schulraum in Buchs? Für was soll man bitte ein altes Schulhaus umnutzen? Wenn wir als Einwohner-räte und Einwohnerrätinnen bereitsein sollen, solch hohe Investitionen zu unterstützen, das hat z. B. auch etwas damit zu tun, ob wir dieser Steuerfusserhöhung zustimmen wollen, dann bin ich der Meinung, dass wir auch ganz klare Gründe der Notwendigkeit benötigen von diesen enormen Investitionen. Ist der Gemeinderat bereit, uns ein klares Konzept für die langjährige Schulraumplanung vorzulegen? Wenn ja, wann dürfen wir damit rechnen?

Herr Gemeinderat Anton Kleiber: Es geht um Schulfragen und da sind wir mit der Kreisschule Aarau-Buchs, wie es der Name sagt, mit Aarau verknüpft. Was das Risiacher betrifft, ist alles soweit klar, da müssen wir nicht mehr diskutieren warum und wieso. Alles andere ist ein Planspiel und das ist ein Planspiel von den Finanzen her. D. h. wir müssen mit Aarau zusammen z. B. prüfen, was mit der Oberstufe passiert. Aarau hat ein Problem mit dem OSA im Schachen unten. Wir warten eigentlich auf eine nächste Sitzung mit der Stadt und der Schule. Dort wird diese Situation geprüft. Die Schule muss sich auch zuerst aufstellen und strategische Überlegungen anstellen. Ich fantasie jetzt mal, das darf man nicht wortwörtlich nehmen, sondern es ist wirklich eine Option, eine Fantasie die so sein könnte. Die Schule könnte z. B. sagen, wir machen ein grosses Oberstufenzentrum. Irgendwo wo es jetzt schon eine Schule gibt oder auf dem grünen Rasen, wenn es diesen irgendwo geben würde. Und das sind alles Fragen, die jetzt in Bearbeitung sind und deshalb kann man jetzt mal so planen, wie es angedacht ist. Dies bedeutet, dass man nämlich vermutlich die Oberstufe vergrössern muss in Aarau und in der Suhrenmatte. Ob das dann an einem Ort oder an beiden Orten passiert, das sind Dinge, die man miteinander absprechen muss. Grös-senordnungen, wie sich Schülerzahlen entwickeln, weiss man ungefähr, aber je weiter hinaus desto ungenauer - wie beim Aufgaben- und Finanzplan auch. Wenn man eine Strategie will, dann müsste ich eine

Sicherheit haben über die nächsten 10 bis 20 Jahre hinaus, und ganz klar wissen, wie viele Leute zu ziehen, wieviel Kinder es gibt. Die sind zum Glück heute noch nicht planbar. Das sind alles Fragen, die verhindern, dass wir dir Werner ganz konkret sagen können, wie diese Situation aussieht. Wir haben mal so weit geplant, wie wir das heute einigermaßen mit gutem Gewissen voraussagen können. Und mehr ist im Moment nicht möglich. Ich gehe davon aus, dass wir in einem Jahr noch etwas konkreter sagen können, wenn wir nämlich die Absprachen mit Aarau getroffen haben, und die Schule auch noch etwas anders "sortiert" ist. Und dann wird man auch etwas genauer - auch im Aufgaben- und Finanzplan - abbilden können, was passieren könnte. Jedes Jahr wird konkreter, weil wir jedes Jahr mehr in der Zukunft stehen. Aber die Zukunft auf 10 bis 15 Jahre hinaus, gerade in der Schule, zu planen, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Und dies hat auch etwas mit der Grösse zu tun und mit der Situation sowie mit diesen ganzen baulichen Angelegenheiten, die ebenfalls noch in dieser Region laufen. Also das ist im Moment sehr unberechenbar, je weiter hinaus es geht. Mehr kann ich dir leider nicht sagen. Ich würde auch gerne mehr wissen. Aber ich habe keine Glaskugel und kann Glaskugeln auch nicht lesen. Ich hoffe ich konnte dir damit ein bisschen dienen, mit diesen Informationen. Es tut mir leid, dass es nicht konkreter ist.

Herr Dieter Stüssi: Wir haben hier sehr grosse Millionenzahlen in diesem Plan drin. Ich stelle einfach die Frage, wie man auf diese Beträge kommt? Man kann das ganz konkret sagen, z. B. beim Risiacher. Dort muss man nicht darüber diskutieren, ob man da etwas machen muss oder nicht. Aber wie kommt man auf diese 17 Mio. Franken? Gibt es da eine Berechnung? Wenn es eine Berechnung gibt. Warum haben wir diese nicht bekommen? Ich bin der Meinung, wir haben einen falschen Budgetprozess. Jetzt haben wir diese 7 Mio. Franken in diesem Budget drin, ohne dass wir schon einen Strich des Gebäudes gesehen haben. Wir wissen nicht mal, ob man es grün streichen will. Wir haben keine Varianten. Ist es besser zu sanieren oder abzureissen? Und warum beschliesst man dies erst im Dezember und sagt jetzt aber schon, dass das Geld gesprochen werden muss. Ich finde der Budgetprozess ist verkehrt und ich bin der Meinung - und werde dies vielleicht beantragen - man könnte dies auch ein Jahr hinausschieben und effektiv zuerst über das Projekt abstimmen und dann übers Geld.

Herr Silvan Kaufmann: Ein Antwort kann ich dir geben. Der Aufgaben- und Finanzplan ist ja eben nicht verbindlich. Das ist ein Planspiel - eine Schätzung. Aber die andern Fragen würde ich gerne Urs weitergeben.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Ich glaube einen wesentlichen Punkt hat Silvan bereits erwähnt. Die Aufgaben- und Finanzplanung ist ja eine rollende Planung und wird grundsätzlich jedes Jahr aktualisiert. Damit wird kein Geld bewilligt. Ich knüpfe an Anton Kleibers Erläuterungen von vorhin an. Mit zunehmendem Horizont wird dieser Plan natürlich ungenauer, weil man weniger genaue Kenntnisse hat. Es besteht eine Metron-Studie, in der die Kosten noch viel höher geschätzt werden. Wir haben diese Kosten jedoch nun in eine realistischere Dimension gebracht. Zu deiner konkreten Frage betreffend Schulhaus Risiacher: Die der Vergangenheit angehörende Kreisschule Buchs-Rohr hat für die Durchführung eines Gesamtleistungs-Wettbewerbs einen Kredit bewilligt. Dieser wurde bewilligt und der Wettbewerb durchgeführt. Von Anfang an war eine Vertretung der Gemeinde dabei (Leiterin Bau Planung Umwelt Susanna Lehmann und ich), obwohl wir damals in dieser Angelegenheit noch nicht in der Verantwortung waren. Vor einem Monat wurde dieser Wettbewerb im Gemeindesaal juriert. Bei einem Gesamtleistungswettbewerb ist es nicht so, dass es sich um einen architektonischen Entwurf handelt, welcher nicht mit Zahlen hinterlegt ist und an dem irgendwann ein Preisschild hängt. Nein, er hat bereits im Wettbewerbsverfahren ein Preisschild. An der Dezember-Sitzung werden wir über den Kredit sprechen, der zwischen 16.5 und ca. 18 Mio. Franken liegt. Ganz genau kann ich ihn noch nicht beziffern, weil es im Zusammenhang mit dem Bau noch andere Arbeiten zu erledigen gibt, die Einfluss haben. Der Preis für den Bau an und für sich ist aber sehr genau. Der Bau wird kommen, denn man kann ihn nicht mehr aufschieben - ausser man leistet sich teure Provisorien. Es ist unhaltbar, im bestehenden Schulhaus weiterhin zu unterrichten. Man kann es auch nicht vernünftig sanieren. Dies wurde seinerzeit durch die Kreisschule abgeklärt.

Herr Präsident Silvan Kaufmann: Ihr dürft gerne bei einem Geschäft, das euch nicht klar ist, die Verwaltung kontaktieren. Sie wird euch eure Fragen gerne beantworten.

Herr Werner Schenker: Es ist mir sehr bewusst, dass nicht verpflichtend ist, was hier notiert ist. Ich möchte gerne wissen, was denn eigentlich geplant ist im 2025 mit dem Parkplatz beim Gemeindesaal? Im 2028 sind zudem 2 Mio. Franken für eine Gemeindehaus-Platzgestaltung eingestellt. Wofür? Ich möchte gerne mitdenken dürfen bei der weiteren Entwicklung unseres Dorfes.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Die Idee im Jahr 2018 ist die, dass im Zusammenhang mit dem BGK Mitteldorfstrasse/Aaraustrasse, welches nächsten Frühling bekannt wird, geprüft wird, grossflächiger zu planen und die Platzorganisation mit dem Schulhausplatz/Gemeindehausparkplatz einzubeziehen. Der Gemeinderat will jetzt aber keine solchen Projekte forcieren. Das ist aktuell nicht absolut lebensnotwendig, im Gegensatz zu den Schulhäusern. Diese haben wir klar priorisiert. Zur anderen Frage wird Hansruedi Werder Stellung nehmen.

Herr Vize-Gemeindeammann Hansruedi Werder: Auf dem Bärenplatz darf bei ganz grossen Veranstaltungen parkiert werden. Wenn dort etwas realisiert wird, dann ist dieser Parkplatz für uns gestorben. D. h. wir müssen prüfen, wo dann diese Autos parkiert werden können. Dem Einwohnerrat wurde in der Vergangenheit ein Projekt aufgelegt, in dem es um diese Erweiterung auf der unteren Seite ging. Dieses wurde jedoch vom Einwohnerrat abgelehnt, wir haben jedoch einen provisorischen Betrag belassen für eine solche Erweiterung, falls der Bärenplatz für etwas anderes gebraucht wird.

Die Diskussion wird nicht weiter gewünscht.

Antrag

Vom Aufgaben- und Finanzplan 2019 - 2022 sei Kenntnis zu nehmen.

Abstimmung

Vom Aufgaben- und Finanzplan wird einstimmig mit 39 : 0 Stimmen Kenntnis genommen.

Budget 2019

Herr Beat Spiess, Präsident der FGPK (erläutert seinen Vortrag mit einer Präsentation): Die FGPK hat das Budget 2019 in zwei Sitzungen besprochen, einer vorberatenden mit dem Leiter Finanzen und einer weiteren Sitzung mit Gemeinderat und Vertretern der Gemeindeverwaltung. Fragen der FGPK, welche nicht direkt in der vorberatenden Sitzung mit dem Leiter Finanzen beantwortet werden konnten, wurden in schriftlicher Form an den Gemeinderat und die Abteilungen geschickt. Alle Fragen der FGPK-Mitglieder konnten umfassend und kompetent beantwortet werden. Vielen Dank.

Spezielle Punkte

- 2019 sind aufgrund der Finanzverordnung des Kantons Aargau Abschreibungen von 2.4 Mio. Franken vorzunehmen (Vorjahr 2 Mio. Franken).
- Das Budget basiert auf einem Steuerfuss von 108 % (Vorjahr 100 %).
- Es wird mit Einkommens- und Vermögenssteuern von natürlichen Personen aufgrund dieser Basis von total 16.8 Mio. Franken gerechnet. Das sind rund 1.7 Mio. Franken mehr als im 2017 eingenommen.
- Für den Aufwand der Kreisschule stehen 7 Mio. Franken im Budget. Dies umfasst Betriebskosten und Personalaufwand.
- Die Kreisschule bezahlt für Miete des Oberstufenschulhauses Suhrenmatte 1.18 Mio. Franken.
- Für die Umsetzung des Pflegegesetzes sind 1.00 Mio. Franken budgetiert. Das sind Fr. 150'000.-- mehr als noch im Budget 2018.
- Bei den juristischen Personen wird aufgrund eines geschätzten Wachstum von 2 %, welches die Berechnungen der Kant. Steuerverwaltung des Bundes zeigen, mit einem Mehrertrag von 0.95 Mio. Franken gerechnet. Das ergibt ein Plus von 2.75 Mio. Franken.
- Die Gemeinde bekommt einen Finanzausgleichsbeitrag von total 1.28 Mio. Franken. Dies gegenüber 0.99 Mio. Franken im Jahr 2018.
- Seit diesem Jahr 2018 wird vom Kanton der neue Finanzausgleich umgesetzt und die optimierte Aufgabenteilung. Dies führt 2019 zu einer Entlastung der Gemeinde von rund 1.28 Mio. Franken.

Das gesamte Budget 2019 inkl. Eigenwirtschaftsbetriebe beläuft sich auf 36.2 Mio. Franken.

Erfolgsrechnung Einwohnergemeinde (ohne Werke)

In Mio. Fr.	Budget 2019	Budget 2018	Rechnung 2017
Aufwand	31.209	29.595	29.434
Ertrag	29.970	28.242	26.469
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	-1.239	-1.353	-2.965
Ergebnis aus Finanzierung	1.282	0.085	0.143
Gesamtergebnis	0.043	-1.268	-2.822

Das kleine Plus welches budgetiert ist, ist massgeblich auf die Erhöhung des Steuerfusses zurückzuführen.

Investitionsrechnung (ohne Werke)

In Mio. Fr.	Budget 2019	Budget 2018	Rechnung 2017
Investitionsausgaben	10.228	5.479	1.307
Investitionseinnahmen	-	0.042	0.084
Ergebnis	-10.228	-5.437	-1.223

Eigenwirtschaftsbetriebe

Wasserwerk

Beim Wasserwerk dort haben wir einen Bestand von 3.7 Mio. Franken. Der Wasserpreis soll bei 1.20 Fr./m³ bleiben. Es sind Nettoinvestitionen von 7.5 Mio. Franken geplant.

Abwasserbeseitigung

Bei der Abwasserbeseitigung beträgt der Bestand 5.1 Mio. Franken. Der Abwasserpreis bleibt bei Fr. 1.15/m³. Für den gesamten Zeitraum 2019 - 2022 sind Nettoinvestitionen von 4.5 Mio. Franken geplant.

Abfallwirtschaft

Bei der Abfallwirtschaft haben wir einen kleineren Bestand von nur Fr. 380'000.--. Die Haushaltgrundgebühr bleibt bei Fr. 55.-- pro Haushalt/Jahr.

Der Gemeinderat weist in seinem Fazit daraufhin, dass er in einer 2. Lesung den Aufwandüberschuss um mehr als eine ½ Mio. Franken verkleinern konnte. Die geplanten Investitionen, z. B. die Sanierung des Werkhofs hat man rausgestrichen. Somit wurden die geplanten Investitionen um 1.7 Mio. Franken reduziert. Damit und mit einer Steuererhöhung um 8 % auf neu 108 % kann trotz massiv höheren Investitionen im Budget 2019 eine schwarze Null erreicht werden. Der Steuerfuss soll nach Abschluss der grossen Investitionen und Abbau der Verschuldung auf eine tolerierbare Grösse wieder schrittweise reduziert werden.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat mit 8 : 0 Stimmen (1 Enthaltung), das Budget 2019 sei zu genehmigen und der Steuerfuss für das Jahr 2019 auf 108 % festzusetzen.

Herr Gemeinderat Tony Süess: Auch da habe ich grundsätzlich keine grossen Ergänzungen anzubringen. Der Kommissionspräsident hat dies sehr treffend formuliert. Ich glaube auf die finanzielle Lage von Buchs muss ich im Moment nicht mehr eingehen. Aber wir können wirklich künftig die grossen Aufwandüberschüsse nicht mehr akzeptieren. Dies führt die Gemeinde Buchs unweigerlich in eine schwierige Situation. Wir haben ja bei der Zielsetzung und bei der Strategie gesagt, wir wollen den Selbstfinanzierungsgrad anheben, wir wollen die Nettoschuld in den Griff bekommen. Und hierzu möchte ich noch kurz zeigen, wie sich dies entwickelt, wenn man eine Budgetgegenüberstellung mit einem Steuerfuss von 100 % und 108 % vornimmt.

Selbstfinanzierungsgrad in %	Steuerfuss 100 %	Steuerfuss 108 %
2019	8	20
2020	10	22
2021	47	88
2022	27	45 *

*Diese letztgenannten 45 % liegen also schon sehr nahe bei unserem Ziel von 50 %.

Nettoschuld gesamt (in Mio. Franken)	Steuerfuss 100 %	Steuerfuss 108 %
2019	17.4	16.2
2020	26.6	24.2
2021	28.2	24.5
2022	33.3 *	28.3

* Massiv über den 28 Mio. Franken, die man angestrebt hat.

Nettoschuld pro Einwohner (in Franken)	Steuerfuss 100 %	Steuerfuss 108 %
2019	2'171	2'021
2020	3'328	3'023
2021	3'524	3'061
2022	4'160	3'533 *

* Fr. 3'500.--Nettoschuld pro Einwohner streben wir nun bis Ende 2022 an.

Diskussion

BERICHT ZUM BUDGET

Die Diskussion wird nicht verlangt.

ERFOLGSRECHNUNG

Herr Marius Fedeli: Es sind Fr. 15'000.-- für die Schulraumplanung budgetiert. Und ich habe aufgrund meines eingereichten Postulats zu der Tagesschule eine Frage. Ist im Neubau des Schulhauses Risia-cher die Integration von möglichen Tagesschulen ein Thema? Wenn nein, wieso nicht?

Herr Gemeinderat Anton Kleiber: Die Integration von Tagesschulen ist im Neubau nicht eingeplant. Ich würde nachher gerne darauf eingehen. Ist nicht Thema des jetzigen Budgets.

Herr Reto Bianchi: Ich stelle unter Konto 5440.3632.00 fest, dass ein Betrag von Fr. 18'000.-- für eine Praktikumsstelle der Jugendarbeit rausgestrichen wurde. Es wurde vorhin gesagt, wir wollen in die Jugend investieren, also in die Jugendarbeit. Wenn man aber Jugendarbeit betreiben will, muss man Leute anstellen, die sich mit den Jugendlichen beschäftigen. Und befähigt mit Praktiken Jugendliche und junge Erwachsene, dass sie später mal, nach diesem Praktikum, eine Fachausbildung machen können. Wieso wurde dieser Betrag rausgestrichen? Wird diese Arbeit nun von weniger Leuten erledigt? Wird weniger investiert in die Jugendarbeit? Welche Auswirkungen gehen damit einher?

Herr Gemeinderat Anton Kleiber: Diese Praktikumsstellen ist weniger schwerwiegend, als man meint. Es ist zum Teil relativ schwierig, Praktikumsplätze zu vergeben. Es gibt unterschiedliche Längen davon. Und je nach dem muss man auch zuerst mal Leute finden, welche zu diesem Lohn dieses Praktikum machen. Ich gehe davon aus, dass diese nicht besetzen werden konnte, so wie man sie gerne besetzt hätte und deshalb im Moment darauf verzichtet wird. Die Jugendarbeit führen Suhr und Buchs gemeinsam. Gränichen ist ebenfalls noch Leistungsbezüger. Also muss man diese Stelle immer auch noch im Gesamtkontext sehen. Die Leistung der Jugendarbeit wird nicht kleiner, weil diese Praktikumsstelle nicht besetzt ist. Die Stelle ist nicht gestrichen, sondern nicht besetzt.

Herr Reto Bianchi: Ich habe ständig Praktikumsstellen-Bewerbungen auf meinem Tisch. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Vorpraktikas nicht gefragt sind. Ich stelle den **Antrag**, das Konto 5440.3632.00 wieder um Fr. 18'000.-- zu erhöhen.

Herr Gemeinderat Anton Kleiber: Der Antrag geht so nicht. Die Jugendkommission verabschiedet das Budget, nicht der Einwohnerrat.

Herr Reto Bianchi: Wann tagt diese Kommission?

Herr Gemeinderat Walter Wyler: Wir hatten in diesem Jahr zwei Sitzungen. Wir haben das Budget so abgesegnet der Abteilung Finanzen übergeben. Wir wollen kein Geld sparen. Es wurde der Jugendkommission so beantragt.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Selbstverständlich kann der Einwohnerrat den Betrag wieder aktivieren und dies liegt auch in eurer Kompetenz. Aber es bringt nichts. Die Jugendarbeit will nicht und die Kommission hat auch in diesem Sinne entschieden.

Herr Andreas Burgherr: Auch an der FGPK-Sitzung war dieses Konto ein Thema. Uns wurde erklärt, dass sich der Verteiler unter den Gemeinden anders zusammensetzt (mehr Jugendliche aus Suhr und weniger Jugendliche aus Buchs). Deshalb wurde dieser Budgetposten angepasst.

Herr Adrian Meier, Leiter Finanzen: Jugendarbeit gab dieses Budget bei der Jugendkommission ein. Die Jugendkommission hiess es gut. Die Gemeinde Suhr errechnete dann den Verteiler auf die einzelnen Gemeinden. Wenn wir nun unser Budget anpassen, passen wir einseitig an. Wir könnten höchstens vordreschen und eine eigene Praktikumsstelle schaffen. Dies ist aber nicht der Sinn einer gemeinsamen Jugendarbeit. Sowohl die Einsparung der Praktikumsstelle als auch weniger Jugendliche in Buchs tragen zu der Verschmälerung dieser Budgetposition bei.

Herr Reto Bianchi: Ich ziehe meinen Antrag zurück. Mich würde aber sehr interessieren, wie die Jugendarbeit mit gleich viel Jugendlichen und gleich vielen Ausgaben ohne diese Praktikumsstelle die gleiche Leistung erbringen kann.

Frau Maja Frey: Konto 6150.5010.22, Fuss- und Radwegverbindung Buchs Nordring. Im Budget 2019 erkennt man auf Seite 86, dass im Budget 2018 noch Fr. 160'000.-- eingestellt werden, im Budget 2019 nichts mehr. Weshalb?

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Es geht um eine Radwegverbindung von der Industriestrasse durch eine neue Überbauung hinter der Eniwa. Die Umsetzung gestaltet sich sehr schwierig. Der Fuss- und Radweg geht über Land der Eniwa und Land der Garage Rebmann. Man ist dort immer noch in Verhandlungen, die andauern werden. Ich weiss nicht, ob wir diesen Radweg überhaupt so führen können oder wir die Wegführung anpassen müssen. Im 2019 wird dieser Weg jedoch sicher nicht realisiert werden können. Deshalb ist nichts im Budget eingestellt.

INVESTITIONSRECHNUNG

Die Diskussion wird nicht verlangt.

STEUERFUSS

Herr Dieter Stüssi: Mir ist klar, dass die Gemeinde Geld braucht. Mir ist klar, dass sie es über die Steuern finanzieren will. Ich finde den Steuerfuss von 108 % gefährlich. Als ich meinen Wohnort ausgesucht habe, habe ich auf den Steuerfuss geachtet. Ich liege mit meiner zu bezahlenden Steuersumme im Mittelfeld der Steuerzahler. Ich habe die Angst, dass bei einer Erhöhung des Steuerfusses die guten Steuerzahler ausbleiben werden. Sie achten nämlich auf den Steuerfuss. Schlechten Steuerzahlern ist der Steuerfuss egal. Ich bin der Meinung, man müsste flacher investieren, d. h. die geplanten Investitionen über mehr Jahre verteilen. Ich denke, keines der Schulhäuser bricht zusammen, wenn es erst ein Jahr später saniert wird. So könnte man max. den kantonalen Steuerfuss-Mittelwert von 105 % übernehmen. 108 % sind mutig und aus meiner Sicht zu viel. Ich stelle jedoch keinen Antrag.

Herr Urs Knecht: Wir der CVP unterstützen Budget und Steuerfuss. Es können weder Kosten eingespart, noch neue Einnahmen, ausser den Steuereinnahmen, generiert werden. Wir haben immer gesagt, wir sind gegen eine Steuerfusserhöhung auf Vorrat. Aber wenn es wirklich grosse Investitionen gibt, sollen die Steuern erhöht werden, um diese zu finanzieren. Jetzt stehen Investitionen im Risiacher an und wir müssen investieren.

Herr Joel Blunier: Wir von der EVP unterstützen Budget und Steuerfuss. Diese Steuerfusserhöhung sorgt zumindest dafür, dass wir die Investitionen 2019 stemmen können. Unsere Verantwortung als Vertreter des Volks unseres Dorfes ist, ein ausgeglichenes Budget präsentieren zu können. Wenn dies nicht mit anderen Massnahmen als mit einer Steuerfusserhöhung möglich ist, dann ist das so. Der Gemeinderat hat seine Verantwortung wahrgenommen. Und wir müssen sie auch wahrnehmen.

Antrag

Das Budget 2019 sei zu genehmigen und der Steuerfuss auf 108 % (beinhaltet eine Steuerfusserhöhung von 8 %) festzusetzen.

Schlussabstimmung

Dem Antrag wird mit 36 : 3 Stimmen zugestimmt. Dieser Beschluss unterliegt dem obligatorischen Referendum.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Der Gemeinderat fordert die Parteien auf, aktiv zu werden und für die Steuerfusserhöhung einzustehen. Am Donnerstag, 8. November 2018 um 19.30 Uhr findet im Gemeindesaal eine Informationsveranstaltung zur Steuerfusserhöhung für die Bevölkerung statt.

Herr Präsident Silvan Kaufmann: Auch ich lege euch ans Herz, eure Bekannten, Freunde und Verwandten, die in Buchs stimmberechtigt sind, aufzufordern, ein Ja in die Urne zu legen.

Mündlicher Zwischenbericht zur Motion von Dr. Urs Schweizer (Stimmbürger) und zum Postulat von Jasmin Blaser, SVP, betreffend Alterswohnungen Suhrhard

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Ich habe das letzte Mal von angekündigten Gesprächen mit dem Verwaltungsrat gesprochen. Diese konnten stattfinden. Der Gemeinderat konnte seine Intentionen einbringen. Der Verwaltungsrat des AZS hat diese diskutiert und man hat eine gemeinsame Vorgehensweise gefunden. Die Einwohnergemeinde hat noch ein Landstück, auf dem u. a. das jetzige Spittel steht. Wenn man dieses Land einbeziehen würde, könnte man die bestehenden Alterswohnungen belassen und diese mit minimalstem Aufwand weiterbetreiben (gewisse Dinge müssen saniert werden, so dass die Nutzung für weitere 10 - 15 Jahr garantiert ist). Die Bewohner könnten aber sicher bleiben, ohne dass sie gezwungen würden, weitere Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen. Gleichzeitig könnte das AZS mit Dienstleistungen (Pflichtleistungen) in einem optimal auf den Bedarf ausgerichteten Neubau untergebracht werden. Des Weiteren würde dann noch eine Fläche freibleiben, die man den Ortsbürgern zur Verfügung stellen könnte, um Alterswohnungen zu erstellen. Mittelfristig wäre dann eine Ablösung der jetzigen Alterswohnungen möglich. Dieser Plan wird nun geprüft. Nächste Woche sollen die Ergebnisse präsentiert werden. Nächstes Jahr soll das weitere Vorgehen dann festgelegt werden. Die Ortsbürger haben ins Budget 2019 für die Projektierung einen Betrag eingestellt. Dieser Zwischenbericht ist mit dem Verwaltungsrat abgesprochen.

Damit ist der Zwischenbericht zur Kenntnis gebracht.

Motion von Heidi Niedermann, CVP, betreffend Bärenplatz als Begegnungsplatz (da der Gegenstand der Motion nicht motionsfähig ist, wird vom Gemeinderat Nichteintreten beantragt)

Herr Präsident Silvan Kaufmann: Hier wurden rechtliche Abklärungen vorgenommen. Ich verzichte darauf, zu erklären, weshalb die Motion nicht motionsfähig ist, da Heidi Niedermann darüber persönlich informiert wurde und sie bereits angekündigt hat, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Frau Heidi Niedermann: Ihr konntet bereits der Traktandenliste zur heutigen Sitzung entnehmen, dass der Gemeinderat Nichteintreten auf meine Motion, welche auch von 5 weiteren Einwohnerräten unterzeichnet worden ist, empfiehlt. Als Begründung führt der Gemeinderat an, dass der Gegenstand der Motion nicht motionsfähig ist. Was heisst das? Motionsberechtigt sind ausschliesslich Gegenstände bzw. Geschäfte, welche in die Zuständigkeit der Gesamtheit der Stimmberechtigten oder des Einwohnerrats fallen. Weil aber meine Motion die "Bildung einer Kommission zur Ausarbeitung einer Lösung für die Gestaltung des Bärenplatzes" verlangt, diese Forderung aber gemäss Gemeindeordnung § 33 in die Kompetenz des Gemeinderats fällt, ist der Text der Motion nicht motionsfähig. Bereits anlässlich der Info-Veranstaltung vom 24. Mai 2018 habe ich Friedrich Dürrenmatt zitiert: "Was alle betrifft, kann nur von allen gelöst werden." Ich bin noch heute felsenfest davon überzeugt, dass dieses Zitat ins Schwarze trifft. Sowohl in der Bevölkerungs- wie auch in der Online-Umfrage, durchgeführt von der IG Bärenplatz, wurde klar der Wunsch sichtbar, dass der Bärenplatz der Öffentlichkeit als Treffpunkt und Begegnungsort zur Verfügung gestellt werden soll. Natürlich ist uns bewusst, dass es keine absolute Ideal-Lösung geben wird, welche alle individuellen Wünsche und Bedürfnisse befriedigen kann. Auch ist uns absolut bewusst, dass angesichts der dornenvollen Finanzlage unserer Gemeinde nicht alles Wünschbare realisiert werden kann. Wir sind aber der Meinung, dass eine etappenweise Gestaltung absolut machbar wäre und ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass eine mehrheitsfähige Lösung gefunden werden kann - aber natürlich nur, wenn auch der Gemeinderat Hand zu einer solchen bietet. Wir haben dem Gemeinderat seit der erfolgreichen Referendums-Abstimmung vom Mai 2017 verschiedene Gesprächsangebote bzw. Anfragen unterbreitet, welche leider alle abgelehnt worden sind. In den Zielsetzungen des Gemeinderats 2018 - 2021 kann man zwar beispielsweise unter Punkt 5 "Kommunikation und Partizipation" lesen, ich zitiere: "Trotz der Vielfalt an Einfluss- und Informationsmöglichkeiten ist es dem Gemeinderat ein Anliegen, die Einwohner/innen vermehrt für die kommunalen Anliegen zu sensibilisieren und sie ins politische Geschehen einzubeziehen" oder unter Punkt 1 "Wohnqualität" steht: "Öffentliche Räume, wie Grünräume, Plätze, Anlagen und Strassenräume sollen aufgewertet und entsprechend sauber, sicher und zur Erholung und Begegnung genutzt werden. Genau dies wollen doch auch wir mit einem Bärenplatz als Begegnungsplatz für alle erreichen. Wir sind mit dem Einreichen der Motion auch der Aufforderung von Gemeindeammann Urs Affolter gefolgt, welche er anlässlich der bereits erwähnten Info-Veranstaltung vom Mai 2018 geäussert hat, nämlich: "Der Gemeinderat kann ohne Auftrag des Einwohnerrats, nämlich einer Motion, nichts unternehmen. Es ist der politische Weg zu beschreiten." Es bereitet mir bzw. allen Mitunterzeichnenden der Motion daher grosse Mühe, dass ein offensichtliches Bedürfnis einer breiten Bevölkerung aus formalen Gründen blockiert bleibt. Wir möchten dies auf jeden Fall vermeiden und haben uns daher entschieden, die vorliegende Motion in ein Postulat umzuwandeln. Wir hoffen fest, dass ihr unser Kernanliegen nach demokratischer Mitbestimmung in einem Geschäft, welches alle angeht, unterstützt und das Postulat überweist. Damit trägt ihr sicherlich einem Bedürfnis der Buchser Bevölkerung Rechnung. Den genauen Postulatstext könnt ihr vorne lesen. Er weicht nur in der formellen Formulierung vom Motionstext ab, z. B. "wird gebeten" statt "wird beauftragt" etc. Der letzte Abschnitt betreffend Budget 2019 mit dem Antrag auf einen entsprechenden Kredit für die Kommissionsarbeit sowie den Beizug externer Fachkräfte zur Erarbeitung von Vorstudien erübrigt sich durch die Umwandlung.

Antrag

Der Gemeinderat wird **gebeten zu prüfen**, eine Kommission zur Ausarbeitung des Projekts "Bärenplatz als Begegnungsort für alle" zu schaffen. Diese soll über entsprechende Befugnisse und finanzielle Mittel verfügen und sich mit folgenden Punkten beschäftigen:

- Gestaltung

Es **soll** eine Lösung für die Gestaltung des "Bärenplatzes Buchs" (Parzellen Nr. 1081 und 332 und Vorplatz zum Gemeindesaal 1878 sowie angrenzender Gebiete wie beispielsweise des Suhreraums) als Begegnungszone **gefunden und realisiert werden**.

- Mitwirkungsverfahren

Ideen für die Gestaltung **sollen** gemeinsam mit der Bevölkerung von Buchs entwickelt und überprüft werden: Stossrichtungen der Gestaltung **sollen** der Bevölkerung zur Mitsprache und Weiterentwicklung vorgelegt werden. Die Bevölkerung soll über die endgültige Lösung an der Urne entscheiden können.

- Grundlagenpapiere

Erkenntnisse der Bevölkerungsumfrage von 2017 der "IG Bärenplatz für alle" sollen bei der Planung und Gestaltung miteinbezogen werden.

Die "IG Bärenplatz für alle" stellt ihr umfangreiches Material der Kommission zur Verfügung. Sie soll daher angemessen in der Kommission vertreten sein.

Ebenso sollen Aussagen des REK zur Gestaltung des Zentrums und zum Suhreraum miteinbezogen werden.

Diskussion

Herr Werner Schenker: Dieter Stüssi machte sich in der vorherigen Budgetdebatte Gedanken, wie allfällige künftige Steuerzahler von Buchs begründen, nach Buchs gezügelt zu sein. Du hast darauf hingewiesen, dass sie sich am Steuerfuss orientieren. Steuerzahler stellen sich wohl einfach die Frage: Wieviel zahle ich? Gleichzeitig stellt sich aber auch jeder und jede die Frage, was ihr/ihm in der Gemeinde geboten wird. Und dann kommt die Frage nach Kinderbetreuung, Sportvereinen, dem kulturellen Leben aber auch die Frage nach Plätzen, auf denen man sich begegnen kann. Dies ist für viele, die nach Buchs ziehen, ein Inbegriff an Lebensqualität. Ich bin der Meinung, sparen im vernünftigen Rahmen macht Sinn, wir dürfen aber unsere Gemeinde nicht zu Tode sparen um auf Teufel komm raus die schwarze Null hinzubringen zu können. Bitte benützen wir auch nicht die schlechte finanzielle Lage als Begründung dafür, dieses Geschäft jetzt vor uns herzuschieben. Ich bin felsenfest davon überzeugt, dass die gemeinsame Arbeit, die wir anstreben, um den Bärenplatz als Begegnungsplatz zu gestalten, unserem Dorf helfen wird, auch wieder eine stärkere Identität zu finden, jene, die wir so stark vermissen.

Herr Wolfgang Schibler: Ich bin noch nicht sehr lange in diesem Rat, deshalb sei mir eine Frage an den Gemeinderat erlaubt. Mir scheint, dass der Gemeinderat dieses Thema vor nicht allzu langer Zeit bereits auf dem Tisch hatte und das Volk an der Urne nein sagte dazu. Mit diesem Postulat haben wir dieses Thema nun zum wiederholten Mal auf dem Tisch. Und es tönt immer noch gleich oder nicht? Wenn nein, wo ist der Unterschied? Ich bitte um Erklärung.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Darf ich über dies und darüber hinaus noch antworten oder soll ich noch warten?

Herr Präsident Silvan Kaufmann: Du darfst.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Seit Jahren arbeiten wir am Projekt Bärenplatz, welches letztes Jahr aufgrund eines Referendums an der Urne abgelehnt wurde. Es war auch immer wieder Thema hier im Rat. Es ging um eine Neugestaltung des Bärenplatzes. Sie ist vom Tisch. Nachdem sich der Gemeinderat 4 oder 5 Jahre engagiert hat, hat er gesagt, dass es für ihn nach dem Nein an der Urne im Moment kein Thema mehr ist. Ich bitte nun alle, meine Worte so präzise, wie ich sie hier sage, zur Kenntnis zu nehmen. Der Gemeinderat macht im Zusammenhang mit dem Bärenplatz nichts mehr. Das ist ein Gemeinderatsbeschluss. Dies habe ich immer so kommuniziert, auch an der IG-Veranstaltung. Ich habe damals auch gesagt, dass, wenn ihr wollt, dass der Gemeinderat in Richtung eurer Ideen wieder aktiv werden soll, ihm der Einwohnerrat einen Auftrag zu erteilen hat. Und zwar mit euren rechtlichen Instrumenten. Ihr müsst eine Motion formulieren, die motionsfähig ist. Es hat hier im Rat nur intelligente Leute, die in der Lage sind, solch einen Text zu verfassen. Dies ist nicht schwierig. Wenn ihr dies so gemacht hättet, hättet ihr vielleicht heute Abend eine überwiesene Motion und damit einen klaren Auftrag an den Gemeinderat. Wolfgang Schibler, zu deiner Frage: Bei den Ideen der IG Bärenplatz handelt es sich um andere Ideen als im damals von uns erarbeiteten Konzept mit einem Hochbau und einer Platzgestaltung. Die heutigen Ideen laufen klar in eine andere Richtung. Deshalb ist es wirklich nicht zu vergleichen.

Dies ist keine "Jekami"-Veranstaltung, sondern eine Einwohnerratssitzung. Der Einwohnerrat hat ein Reglement wie der Gemeinderat auch. Wir, wie auch ihr, mussten schwören, dass wir uns zu rechtmässigem Handeln verpflichten und genau das machen wir. Dies ist mir wirklich wichtig. Ich will nicht irgendetwas tun. Nun haben wir die Motion, welche in ein Postulat umgewandelt wurde, und der Gemeinderat hat beschlossen, das Postulat entgegenzunehmen. Sie geht sehr weit in den Forderungen. Sie sagt uns, etwas provokativ gesagt, "was für ein Bleistift wir benutzen müssen". Dies geht zu weit. Aber als Postulat nehmen wir es entgegen. Aber es ärgert mich, wenn hier zum wiederholten Mal erzählt wird, der Gemeinderat betreibe Gesprächsverweigerung. Dies stimmt einfach nicht. Dieses Thema ist im Moment kein Gemeinderatsthema, sondern ein Thema dieses Rates, und nun muss dieser Rat sagen, was er will und dann macht dies der Gemeinderat. Wir handeln nicht im Auftrag der IG Bärenplatz. Der Einwohnerrat hat uns Aufträge zu erteilen. Anfang der Legislatur führte Cornelia Byland auf Beschluss des Gemeinderats einen Workshop durch, weil wir den Ratsmitgliedern die Regeln dieses Ratsbetriebs näherbringen wollten. Wir wollten euch damit unterstützen, damit eben nicht passiert, was heute passiert ist (nicht motionsfähig Motion/Nichteintreten). Wir finden es nicht amüsant, wenn wir eine Motion nicht bearbeiten können, weil sie nicht rechtmässig ist. Aber wir brauchen einen korrekten Ratsbetrieb.

Herr Werner Schenker: Lieber Urs. Herzlichen Dank für dein engagiertes Statement. Im letzten Teil war zu hören, dass ihr euch überhaupt nicht weigert, Aufträge des Einwohnerrats entgegenzunehmen. Vielen Dank dafür. Selbstverständlich schwimmen wir als Nicht-Juristen bei der Frage der Motionsfähigkeit. Wir haben uns entschieden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Wir sind der Überzeugung, wenn ihr als Mitglieder des Einwohnerrats es unterstützt - sei es nun eine Motion oder ein Postulat - und es zu einer Überweisung an den Gemeinderat kommt, der wirklich daran interessiert ist, eine attraktive Gemeinde zu gestalten, dieses Postulat auch als Auftrag dienen kann, diese Arbeit in Angriff zu nehmen. Dies ist der Entschluss, weshalb wir diese Motion nicht zurückziehen und eine neue einreichen, sondern dass wir sie als Postulat eingeben und in diesem Sinn die genau gleiche Botschaft, auch wenn sie nicht rechtsverbindlich oder handlungsverpflichtend ist, so weitergeben können.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Silvan Kaufmann, entschuldige, aber ich muss nochmals eine Erläuterung abgeben, denn anscheinend werde ich nicht verstanden. Mit einem Postulat könnt ihr uns beauftragen, etwas zu prüfen. Wir haben ein Jahr Zeit dafür. Nach einem Jahr bekommt ihr einen Bericht und könnt sagen, dieser sei gut oder nicht. Dies könnt ihr mit einem Postulat erreichen. Wenn ihr uns einen Auftrag geben wollt, etwas Konkretes zu tun, dann müsst ihr eine Motion einreichen. Dann könnt ihr uns verpflichten, euch einen Antrag vorzulegen. Wir werden mit dem Postulat nichts anderes vorlegen als einen Bericht. Wir beginnen nicht mit der Projektierung. Ich höre nicht auf, bis dies hier verstanden wird, worum es geht. Es ist unfair, wenn man uns vorhält, wir würden hier nicht mitarbeiten wollen.

Herr Beat Spiess: Ich möchte Werner und Heidi, allen, die das Referendum zum Bärenplatz ergriffen haben und die Abstimmung gewonnen haben, gratulieren. Nach meiner Interpretation sagten damals an der Urne aber nicht nur die Stimmberechtigten Nein zur Überbauung, die gleich denken wie ihr und der Meinung sind, es müsse dort eine neue Vorlage erscheinen. Ich bin sicher, es gab Leute, die gar keine Veränderung wollten und Leute, denen der Investor einfach nicht gepasst hat. Ich bin mir fast sicher, nicht alle, die Nein sagten, wollen dort einen Spielplatz. Der Einwohnerrat hat der Überbauung zugestimmt und ist damit ein Mitverlierer - nicht nur der Gemeinderat. Wir wissen, unsere Gemeinderäte sind Stehaufmännchen. Dies bedeutet aber nicht, dass sie nun wieder eine neue Vorlage vorbereiten müssen. Sie können sagen, wir sind ratlos. Wir könnten eine Motion einreichen oder eine eigene Kommission gründen. Wenn wir aber dem Gemeinderat eine Strafaufgabe erteilen wollen und ihm sagen, ihr müsst jetzt in eurem Namen eine Kommission gründen, dann ist klar, dass der Gemeinderat nicht will und nicht mitspielen muss. Wir haben hier Möglichkeiten, wenn wir es wollen. Ich denke, wenn wir dies wollen, dann können wir eine einwohnerrätliche Kommission gründen. Ich habe hier jedoch das Gefühl, ihr wollt einfach den Gemeinderat "plagen" oder ihr wollt die grossen Märtyrer des Bärenplatzes werden. Konstruktive Vorschläge fehlen.

Herr Werner Schenker: Ganz ein neues Stellenprofil, der Dorfmärtyrer. Es ist absolut nicht so, dass diese Mikrogruppe von 15 Personen, die immerhin 1 ½ Jahre daran gearbeitet hat, einfach so für sich etwas machen will und unser Wunsch dann noch wäre, einen Tritt in den Hintern zu bekommen. Tatsache ist, wir haben nicht nur diese Abstimmung gewonnen, sondern in diesem guten Jahr mit grossem Aufwand wirklich kundig gemacht, was die Bevölkerung eigentlich will. Wir haben schon mehrmals gesagt, dass wir kein pfannenfertiges Projekt vorlegen können. Wir können Tendenzen festlegen. Wir können gewisse Aussagen machen. Wir verstehen uns als Vertreter von einem ganz klar geäusserten Volkswunsch. Er wurde nicht an einer offiziellen Abstimmung, sondern in unserer Umfrage eruiert. Und Umfragen haben in dieser Gemeinde einen hohen Stellenwert.

Herr Martin Gysi: Es ist nicht klar, was ihr wollt. "Eine Kommission einsetzen..." lässt nicht erkennen, was ihr eigentlich wollt. Für was steht ihr ein? Was ist der Volkswille? Dies ist so schwammig formuliert. Was ist die gestalterische Idee, die ihr umsetzen wollt? Wie soll es aussehen? Bebauen oder nicht bebauen? Werdet konkreter, kommt mit einem Vorschlag, dann können wir diskutieren.

Herr Werner Schenker: Ich möchte nochmals erläutern, weshalb wir keine Motion einreichen wollen. Würden wir diese Form wählen, könnten wir allenfalls ein Kreditbegehren stellen. Dies ist uns bewusst. Dies ist jedoch einfach ein Betrag, der gesprochen würde, und der Gemeinderat damit beauftragt, ein Projekt auszuarbeiten. Dies ist aus unserer Erkenntnis heraus aber nicht der richtige Weg, wie wir dieses Problem des Bärenplatzes gelöst sehen wollen. Es handelt sich um eine 30-jährige Leidensgeschichte. Und jedes Projekt ist daran gescheitert, dass es nicht gemeinsam mit der Bevölkerung entwickelt wurde, sondern eine Vorlage vorgelegt wurde, die nicht akzeptiert war. Wir wissen alle, dass die Meinungen zur Gestaltung des Bärenplatzes so unterschiedlich sind, dass man nicht einfach ein Projekt vorlegen kann, welches sämtliche Bedürfnisse berücksichtigen kann. In der damaligen Vorlage hatte man das Gefühl, man könne Überbauung und Platzgestaltung gemeinsam berücksichtigen. Ging nicht. In unserem Postulat sind Punkte drin, die uns ganz wichtig sind. Wir wollen an einem Mitwirkungsverfahren festhalten. Wir wollen es partizipativ entwickeln. Wir sind überzeugt, dass ansonsten die Gestaltung erneut scheitert. Deshalb keine Motion, die nur Geld spricht, sondern ein Postulat mit der Idee, eine gemeinsame Entwicklung zu unterstützen. Ich bin überzeugt, wenn wir bereit sind, dieses Postulat zu unterstützen, dass dann die Botschaft auch rübergeht.

Herr Stefan Steul: Die Zielsetzungen wurden zu Anfang der Sitzung als super Entwurf bezeichnet. Und nun kommen wir mit den Bärenplatz und einer Begegnungszone. In den Zielsetzungen steht "Die Infrastrukturen in Buchs sind vorhanden". Also wenn wir in Buchs keine Begegnungszonen finden, dann muss man sie halt suchen gehen. Ich muss nicht mal suchen. Ich kann Matches der Argovia Pirates, des TV

Buchs oder des FC Buchs besuchen. Wenn man Menschen treffen will, dann trifft man sie. Was ist eine Begegnungszone? Ich verstehe es nicht...und in den Zielsetzungen steht ja drin, was wir alles schon haben.

Herr Marius Fedeli: Stefan, wir haben viele Anlässe, wo man sich treffen kann. Was in Buchs fehlt, ist ein Dorfkern. Ein optimal gestalteter Bärenplatz wäre ein Ort, wo man zusammenkommen könnte. Er soll so gestaltet sein, wie es die Mehrheit will. Ich verstehe nicht, wie sich der Gemeinderat weigern kann, ein Postulat anzunehmen. Er kann ja dann sagen, wie er sich vorstellt, weiter zu verfahren. Ich kann nicht verstehen, wie man sagen kann, wir machen euch einen Bericht und es gibt nichts Neues. Man kann doch Vorschläge machen, wie man weiter verfahren will. Und darauf kann eine Motion eingereicht werden, die den Gesetzen und Vorlagen entspricht. Wir müssen zusammenarbeiten. Ich appelliere an den Gemeinderat, dass konstruktiv zusammengearbeitet wird und konstruktiv und gemeinsam kommuniziert wird.

Herr Präsident Silvan Kaufmann: Marius, zur Berichtigung. Der Gemeinderat nimmt das Postulat entgegen.

Frau Heidi Niedermann: Es wurde viel gesagt. Ich wiederhole, dass wir uns Mitbestimmung bei einem Bärenplatz, der ein Begegnungsplatz wird, wünschen. Ich wünsche, dass ihr das Postulat nochmals lest. Es steht ganz klar drin, was wir wollen. Ich möchte Urs noch entgegenen: Wir möchten den Gemeinderat nicht in die Pfanne hauen. Wir möchten eine Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat. Dies ist unser wichtigstes Anliegen. Ich bitte euch, Ja zu sagen zu einem gestalteten Begegnungsplatz auf dem Bärenareal. Wer dies nicht will sagt Nein. Es ist hier freie Meinungsäußerung.

Keine weitere Diskussion gewünscht.

Abstimmung

Das Postulat wird mit 18 : 16 Stimmen (5 Enthaltungen) nicht überwiesen.

Motion von Werner Schenker, Grüne, betreffend Natur findet Stadt (wird vom Gemeinderat abgelehnt)

Herr Werner Schenker ergänzt die Begründung zu der am 21. Juni 2018 eingereichten Motion (Barbara Fäh beginnt die Begründung vorzutragen, wird jedoch **nach Intervention durch Cornelia Byland von Präsident Silvan Kaufmann aufgefordert**, das Wort Werner Schenker als Erstunterzeichner der Motion und somit als Motionär zu übergeben). Natur an sich findet überall statt, das ist Fakt. "Natur findet Stadt" jedoch zurzeit nur in Baden, Aarau, Wohlen und Mellingen. Wir wünschen uns, dass "Natur findet Stadt" im Dorf Buchs stattfindet - oder "Natur findet Dorf Buchs" - letztlich. Die Bautätigkeit hat in den letzten Jahren in Buchs stets zugenommen. Aufgrund dessen verschwindet je länger je mehr Grünfläche im Dorf oder sie ist teilweise strukturlos gestaltet. Es gilt die noch bestehenden Grünflächen so zu gestalten, dass sie ihr Potenzial als Lebensraum für Tiere und Pflanzen entfalten können. Die Aufwertung solcher Flächen hilft, die Biodiversität zu erhalten, indem neue Lebensräume geschaffen und eine Vernetzung innerhalb des Siedlungsraums ermöglicht wird. Das bestehende Projekt wird geleitet durch die Abteilung Landschaft und Gewässer des Departements Bau, Verkehr und Umwelt und der Naturama AG. Das Projekt sieht vor, dass die Gemeinde im Sinne eines Vorzeigeprojekts zuerst öffentliche Flächen ökologisch aufwertet, mit Standaktionen und Exkursionen zu den aufgewerteten Orten auf das Projekt aufmerksam macht und so die privaten Gartenbesitzerinnen/er dafür begeistert. Private erhalten vom Naturama eine Gartenberatung, um zielgerichtete Massnahmen im eigenen Garten umzusetzen. Nach der Aufwertung findet eine Art "Tupperware-Party" statt - Freunde und Interessierte werden eingeladen und informiert mit der Idee, dass die Begeisterung dafür weiter in andere Gärten getragen wird (Schneeballprinzip). Nebst dem, dass durch dieses Projekt eine ökologische Aufwertung der Grünflächen im Dorf stattfindet, trägt es zu einer erhöhten Identifikation mit dem Dorf bei und es fördert einen Austausch über alle Quartiere hinweg. Das Projekt wird von den Dorfbewohnern getragen. Vom Dorf für das Dorf. Dieses Projekt "Natur findet Stadt" können wir als konkrete Umsetzungsmassnahme folgenden Legislaturziele 2018 - 2021 von Buchs zuordnen:

- Wohnqualität (S. 1):
 - Aufwertung öffentlicher Räume (u. a. Grünräume)
- Gemeinschaft und Integration (S. 9)
 - Initiierung und Unterstützung von Freiwilligenprojekten (Einbezug von JASB)
- Landschaft/Natur/Artenvielfalt (S. 17):
 - Förderung der naturnahen Artenvielfalt in öffentlichen Anlagen und in Privatgärten
 - Aufwertung des Freiraums entlang der Suhre für Erholungssuchende
 - Einladende Gestaltung von Freiräumen in Quartieren
 - Förderung der Biodiversität soweit möglich im Rahmen der neuen Bau- und Nutzungsordnung

Wir geben damit dem Gemeinderat folgende Aufträge:

Antrag

- Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Projekt "Natur findet Stadt" beizutreten und die dafür nötigen Schritte zu veranlassen.
- Die gemeindeeigenen Anlagen und Plätze sind nach diesen Angaben zu gestalten.
- Die Bewohner von Buchs sind aufzumuntern daran teilzunehmen, als Belohnung wird von der Gemeinde ein Apérokorb zur Eröffnung des Gartens zur Verfügung gestellt.

Diskussion

Herr Gemeinderat Walter Wyler: Der Gemeinderat setzt sich immer nach Möglichkeit und nach den Bedürfnissen nach naturnaher Gestaltung unseres Dorfes ein. In den früheren und jetzigen Legislaturzielen zeigen wir unsere Absichten auf. Die Gemeinde verfügt über Organisationsstrukturen wie die Umwelt- und Heimatschutzkommission oder die BNO-Kommission. Einige Naturschutzprojekte wurden in der Vergangenheit auf Initiative des Natur- und Vogelschutzvereins Buchs realisiert, z. B. die beiden Wasserbiotope zwischen dem Albiezkanal und der Suhre oder der Naturlehrpfad. Der Verein hat seit 2016 ein Mehrjahresprojekt für die Aufwertung von Privatgärten bezüglich naturnaher Artenvielfalt. Der Gemeinderat ist überzeugt, mit der bisherigen Auslagerung an die aktiven Mitglieder des Natur- und Vogelschutzvereins bereits eine optimale Lösung zu haben. Nächste Woche wird der Natur- und Vogelschutzverein am Freitag, 25. Oktober, eine Informationsveranstaltung mit dem Titel "Oasen für Vogel, Igel und Wildbiene einrichten ist auch in Buchs möglich" in Zusammenarbeit mit Bird Life abhalten. Die ganze Bevölkerung ist eingeladen. Die eingereichte Motion stösst bereits geöffnete Türen auf. Mit dem Unterschied, die Gemeinderesourcen unmittelbar und massiv anzuzapfen. Die Anforderungen einer zusätzlichen externen Beratung und Organisation im Sinne einer Tupperware-Party im Garten mit von der Gemeinde gespendeten Apérokörben übersteigt die momentanen Möglichkeiten unserer Verwaltung. Personell sind wir mit Bautätigkeiten und Projekten, insbesondere im Bereich Schule, mehr als ausgelastet und bräuchten für neue Aufgabenerfüllungen auch mehr Personal. Dies ist mit der heutigen Situation verständlicherweise nicht zu vereinbaren. Der Gemeinderat lehnt deshalb die Motion ab.

Frau Barbara Fäh: Ich möchte richtigstellen, dass es sich nicht um eine Tupperware-Party handelt, sondern die Idee dieser Partys verfolgt wird. Nämlich die Leute in den eigenen Garten einzuladen, den man gestaltet hat und damit die Begeisterung so weiterzutragen, dass sie von einem Garten zum nächsten überschwappt. Im Projekt steht, dass es sich um 70 Stunden handelt, die die Gemeinde aufwenden muss. Wir haben besprochen, dass es vielleicht auch ein Student gibt, der solch ein Projekt gerne leiten würde. Es müsste ja nicht unbedingt ein Gemeindeangestellter sein.

Herr Joel Blunier: Ist dies eine Aufgabe für den Gemeinderat? Für mich ist es ganz klar eine Aufgabe, die auf Ebene Verein erfüllt werden soll. Wir haben einen Natur- und Vogelschutzverein, der sich diese Aufgabe natürlicherweise auf die Fahne geschrieben hat. Die Zielsetzungen auf ihrer Homepage passen ziemlich gut mit eurer Motion überein. Wenn wir nun dem Gemeinderat den Auftrag erteilt und er verpflichtet wird, dies aber gar nicht unbedingt will - ist dies sicher nicht so effektiv, wie wenn Leute dies tun, die damit auch ideell verbunden sind und viel mehr Energie in dieses Projekt eingeben wollen und können.

Die Diskussion wird nicht weiter verlangt.

Abstimmung

Die Motion wird dem Gemeinderat mit 27 : 8 Stimmen (4 Enthaltungen) nicht überwiesen.

Postulat von Tobias Studiger, FDP, betreffend Renaturierung Suhre (wird vom Gemeinderat entgegengenommen)

Herr Tobias Studiger ergänzt die Begründung zu dem am 21. Juni 2018 eingereichten Postulat:

Das vorliegende Postulat "Renaturierung Suhre" entstand in der Umwelt- und Heimatschutzkommission (UHK). Ich darf das Geschäft als Kommissionspräsident vertreten und möchte unsere Überlegungen erläutern. Wie Sie alle wissen, hatte in den letzten Jahren die Eniwa zwischen Suhr und Aarau-Rohr in der Suhre mehrere Kleinwasserkraftwerke geplant. Diese waren an Stelle der heute noch bestehenden alten Wuhren geplant, welche wir (Einwohnerrat) zu diesem Zweck aus dem kommunalen Schutz für schützenswerte Bauten entlassen haben. Die UHK war in diesem Projekt ziemlich involviert. Das Projekt ist in der Zwischenzeit von Eniwa hauptsächlich aus finanziellen Gründen leider ad acta gelegt worden. Die geplanten neuen Kraftwerke hatten bei Fischern, Heimat- und Naturschützern grosse Bedenken ausgelöst. Gerade deshalb hatte die Eniwa grosse planerische Anstrengungen unternommen, um die Suhre als Lebensraum für seltene und gefährdete Tiere weiter zu entwickeln. Stichworte wie Längsvernetzung, Uferstrukturierung oder Nisthilfen wurden dabei hervorgehoben. Die geplanten Arbeiten hätten es neu diversen Fischarten ermöglicht von der Aaremündung bis zum Sempachersee aufzusteigen. Die alten unüberwindbaren Wuhren hätten Umgehungsgewässer bekommen, es wären Verstecke und Laichplätze sowie weitere Aufstiegshilfen geschaffen worden. Durch den Planungsstopp der Kleinwasserkraftwerke ist aus Sicht der UHK eine grosse Chance zur Neugestaltung der Suhre vertan worden. Es wurde aber auch aufgezeigt, was möglich und nötig wäre, um betreffend der Fischgängigkeit eine Situation ähnlich der vorindustriellen Zeit zu erstellen. Die UHK möchte deshalb den Gemeinderat beauftragen, sich beim Kanton rasch für eine Aufwertung und Renaturierung der Suhre einzusetzen. Wie in unserem Postulat erwähnt, soll gleichzeitig auch der viel diskutierte öffentliche Zugang zum Gewässer berücksichtigt werden.

Antrag

Der Gemeinderat setzt sich beim Kanton für eine rasche Aufwertung der Suhre ein. Der Gemeinderat signalisiert dem Kanton die gemäss Dekret anfallenden Kosten einer Aufwertung zu übernehmen. Der Gemeinderat legt dem Einwohnerrat bei gegebener Zeit die nötigen Kredite (Dekrets-Anteil) zur Planung und Realisierung der Renaturierung vor.

Diskussion

Es wird keine Diskussion gewünscht. Somit ist das Postulat überwiesen.

Eingänge**Postulat von Marius Fedeli, SP, betreffend Tagesstrukturen**

Herr Marius Fedeli reicht folgendes Postulat ein:

Antrag

Der Gemeinderat wird beauftragt zu prüfen, ob die Betreuungs- und Tagesstruktureinrichtungen für Schulkinder in die Kreisschule Aarau-Buchs (mit den Vertragsparteien Gemeinden Buchs und Stadt Aarau sowie Kreisschule Aarau-Buchs) oder in eine Zusammenarbeit mit einer anderen regionalen Gemeinde integriert werden können und ein entsprechender Gemeindevertrag nach §§ 72 f. Gemeindegesetz ausgearbeitet werden kann.

Begründung: Seit dem 1. August 2018 ist die Kreisschule Aarau-Buchs für den Schulbetrieb in den Gemeinden Buchs und Aarau zuständig. Das Führen von Betreuungs- und Tagesstruktureinrichtungen als auch die Entwicklung von Tagesschulen sind weiterhin Sache der beiden Gemeinden. Unseres Erachtens wäre es sinnvoll bestehende Betreuungs- und Tagesstrukturen nach Möglichkeit an den Schulverband anschliessen zu können oder die Kreisschule um dieses Angebot auszubauen.

Damit ist das Postulat zur Kenntnis gebracht.

Eingänge**Anfrage von Marius Fedeli, SP, betreffend Schulraumplanung**

Herr Marius Fedeli reicht folgende Anfrage ein:

Im Budget der Gemeinde Buchs für das Jahr 2019 wird Fr. 15'000.-- für die Schulraumplanung budgetiert (Kto. 2170.3130.00). Betreffend Schulraumplanung stellen sich mir folgende Fragen:

- Ist beim Projekt "Neubau Schulhaus Risiacher" die Integration von möglichen Tagesschulen ein Thema?
- Wenn nein, warum wird dies nicht berücksichtigt?

Herr Gemeinderat Anton Kleiber: Die erste Frage konnte ich schon verneinen. Die 2. Frage ist eine Frage der Schule. D. h. die Schule müsste mit diesem Anliegen an uns gelangen. Will man so etwas einspeisen, ist der richtige Weg jener über den Kreisschulrat. Die Satzungen des Kreisschulrats sehen diesen Auftrag auch vor, jedoch nicht als Kernaufgabe. Die ganze Situation muss analysiert und strukturiert werden. Zuerst muss die Schule wissen, was sie will/braucht. Man hat gemerkt, dass diese Eruiierung ein grosser Aufwand bedeutet. In Aarau bestehen verschiedene Konstrukte, die die Tagesstrukturen sicherstellen. Bei uns wäre es etwas einfacher. Man muss aber zuerst mit diesen Organisationen, mit der Schule, mit den beiden Gemeinden sprechen. Die Gemeinden diskutieren dann und suchen nach Standorten. Es ist grundsätzlich möglich, im Risiacher noch etwas zu machen. Neues wird gebaut und anderes abgerissen, d. h. es hätte Platz. Es ist dann aber die Frage, was gebraucht wird. Diese Frage kann man aber erst formulieren, wenn die Schule weiss, wie sie es will. Es gäbe auch Möglichkeiten in der Suhrenmatte. Im Moment hat man aus all diesen Gründen im Risiacher auf den Miteinbezug von Tagesschulen verzichtet. Im Einwohnerrat Aarau wurde diese Frage ebenfalls gestellt und wir werden bereits jetzt zusammensitzen, um zu überlegen, wie wir mit dieser Fragestellung umgeht und was dies an Aufwand und Zeit kosten/heissen würde. Das Thema ist auf dem Tisch, aber noch nicht offiziell.

Damit ist die Anfrage beantwortet.

Traktandum 13

Verschiedenes

Herr Vize-Gemeindeammann Hansruedi Werder: Die Feuerwehrhauptübung findet am 26. Oktober 2018 statt. Es wäre schön, wenn einige Mitglieder des Einwohnerrats anwesend wären - nicht wie bei der letzten Hauptübung.

Informationen von Herrn Präsident Silvan Kaufmann:

Verabschiedungen

SP	Géraldine Bruder	Mitglied vom 01.01.2018 bis 30.06.2018	½ Jahre
----	------------------	--	---------

Dem ausgetretenen Mitglied wurde infolge Abwesenheit an der heutigen Sitzung in schriftlicher Form der Dank ausgesprochen.

Sitzungsdaten 2019

Terminplan der Sitzungen 2019 liegt auf dem Tisch und wurde bereits in elektronischer Form vermailt.

Dank

Der Präsident dankt Debora Strub, Armin Meier, dem Polizisten Rolf Frei sowie dem Lernenden Eroll Kadrija und Lena-Marie Lutz sowie Nicole Keusch, die für das Gelingen der Sitzung verantwortlich waren.

5033 Buchs AG, 18. Oktober 2018

Einwohnerrat Buchs AG

Der Präsident

Die Protokollführerin

Silvan Kaufmann

Sonja Büchli